DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 44 ab Samstag, 17. April 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Es ist ein Putsch

Von Hendrik Sodenkamp

Mit ihrem »Vierten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung« möchte die Bundesregierung die Landesparlamente und die Ministerpräsidenten entmachten sowie bundesweit Ausgangssperren verhängen, Geschäfte und Schulen schließen und Verordnungen diktieren. Dagegen mehrt sich der Widerstand – sogar in Teilen der Regierungsparteien CDU, CSU und SPD. Der kommende Mittwoch, der 21. April 2021 wird im Rückblick den Anfang vom Ende des Corona-Regimes darstellen.

Der Gesetzesentwurf, der den Paragraphen 28b in das Infektionsschutzgesetz einfügt, sieht vor, dass ab einer Inzidenz von100 nur eine Person pro Tag getroffen werden darf, Geschäfte geschlossen werden, Arbeit im Homeoffice stattfinden muss, Schulen, Universitäten und Kindergärten nicht mehr öffnen dürfen und nächtliche Ausgangssperren herrschen. Außerdem bekommt die Bundesregierung die Macht, bundesweit weitere Verordnungen zu erlassen. Weil mittlerweile fast alles als Corona-Maßnahme gedreht werden kann, von Grenzschließungen bis Kleidungsordnungen, stellt dies die größte Machfülle in den Händen einer Person in der Geschichte der Bundesrepublik dar.

Das grundlegende Kriterium, der sogenannte »Inzidenzwert«, wird bereits seit einem Jahr von Wissenschaftlern scharf kritisiert, da er nichts Haltbares über die Ausbreitung des Virus aussagt: Wird mehr getestet, steigt selbstverständlich die Zahl positiver Tests. So wie es auch zurzeit zu sehen ist. Weil das seit über einem Jahr bekannt ist und die Regierung dennoch an dem Mummenschanz festhält, ihre Macht ausbaut und die Bevölkerung quält, sagen mehr und mehr Menschen: »Es geht nicht um einen Virus. Hier handelt es sich um einen Putsch.« Demokratinnen und Demokraten haben für Mittwoch, 21. April 2021 ab 9 Uhr Versammlungen, Aufzüge und Aktionen rund um den Bundestag angekündigt.

Weiter Seite 4



THEMENSPEZIAL: EINE GUTE ZEITUNG — EIN JAHR IST NOCH LAAANGE NICHT GENUG

Rückgrat unter der Richterrobe

LAUDATIO ***Der Preis der Republik wird an Matthias Guericke verliehen.*** | Von Burak Erbasi



Euer Ehren, die wohlbekannteste Anrede für Richter, verdienen sich dieser Tage nicht mehr viele Funktionäre des Justizapparats. Während sich die meisten seiner Amtskollegen stillschweigend der politisch und medial durchgepeitschten Corona-Agenda unterwerfen, erweist sich der Weimarer Amtsrichter Matthias Guericke als ehrenhafter Verteidiger unserer demokratischen Werte.

In Zeiten des Demokratieabbaus und der Auflösung der Gewaltenteilung zeigt er sich vom aggressiven Gebaren der Grundgesetzleugner unbeeindruckt und vergisst nicht, für welche Ideale er einst seinen Amtseid geleistet hatte: »Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und getreu dem Gesetz auszuüben, und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, so wahr mir Gott helfe.« Bereits im Januar erklärte er die freiheitseinschränkenden Maßnahmen für eine katastrophale politische Fehlentscheidung. Mit der Begründung, die Corona-Verordnungen seien unverhältnismäßig und verfassungswidrig, sprach er damals einen Mann frei, der gegen die Kontaktauflagen verstoßen hatte. Nun hat er erneut zugeschlagen und ein Urteil gefällt, das vielen besorgten Eltern wieder Hoffnung gibt. Auf die Klage einer Mutter aus Weimar, kippte er den Maskenzwang in der Schule für ihre beiden Söhne. Das Urteil findet bereits Nachahmer – eine Richterin aus Weilheim kommt zu einem ähnlichen Urteil.

Sein Richterhammer gleicht einem Vorstoßhammer, der die Wand des Schweigens durchbricht. Für dieses Rückgrat unter der Richterrobe geht der Preis der Republik an Matthias Guericke! Weimar, Weilheim, weiter so!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Ines Teetzen verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Texte, Audio und Video: Siehe demokratischerwiderstand.de

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de, Bewegung Leipzig und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in unserer gesamten Republik verbreiten.

Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 44. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Nomen est Omen?

EINWURF *von Werner Köhne*

Hat es je ein Phänomen gegeben, das innerhalb eines Jahres so oft benannt, umkreist, wiederholt wurde, ja inzwischen alle Bereiche unserer Kommunikation überflutet wie »Corona« – mitsamt der Komposita »Coronazeiten«, »Coronakrise«, »Coronaleugner« und so weiter. Dabei beziehe ich in den Vergleich selbst so wichtige Worte wie Umwelt, Fuck, Corazón oder Job mit ein: Gegen die semantische Riesenkrake Corona blieb die Anzahl ihrer Erwähnungen im letzten Jahr geradezu überschaubar.

Ganz im Zuge einer Beschwörung wird hier eine Art Gefahrenabwehr vorgenommen, ein Verhalten aus der Urzeit, das allerdings gut in die uns heute verordnete Ökonomie der Aufmerksamkeit passt. Denken lässt sich auch an die Litaneien, denen ich als Kind in der Kirche ausgesetzt war: »Sancta Anna – ora pro nobis«; »Sancta Theresa...« In all diesen Fällen sollte die Beschwörung dazu dienen, dass die Heiligen uns im irdischen Jammertal beistehen.

Ähnliches gilt ja auch für die Philosophie, die in wenigen Worten Tiefe zu gewinnen sucht, wie auch für die Beatles (Hey Jude, Jude, Jude, Jude): Es sind Versuche, etwas Unfassbares fassbar zu machen.

Steht nun auch das »Coronaszenario« in dieser Tradition? Leider nein. Was wir heute aufschnappen an Nachrichten vom Mainzer Lerchenberg, als Satzfetzen in der S-Bahn, gleicht eher einer Dauerkanonade, in der Panik zum Dauerzustand erhoben wird. Wird da nicht das Nomen zum Omen?

Im Mittelalter gab es den Nominalismusstreit. Die Frage lautete damals: Haben Worte wie Ewigkeit, Geist, Gott einen Realitätsgehalt an sich, oder sind sie nur Nomen – also Namen für etwas, das eigentlich nicht benannt werden darf (Tabu) oder kann (weil ausgemachter Unsinn).

Der Streit schien spätestens seit Wittgensteins Tractatus irgendwie entschieden. Nun aber wird uns vorgeführt, dass Worte wie Corona mehr sind als bloße Namen. Sie verwandeln ein vorwiegendes Phantomgeschehen in Wirklichkeit – eine Wirklichkeit, die ihre Grenzen zur Simulation einbüßt, gleichwohl als Drohung spürbar ist. Solches Geplänkel zwischen Schein und Sein mögen vor allem die Herren/Innen dieser Welt, das rockt sie. Wir Fußvolk aber werden so in eine schlechte Ewigkeit verstrickt: Corona, Corona Corona und nochmals Corona ... es ist wie ein Lockruf – oder Geschwurbel – aus der Hölle!



»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.

Impfstoffe, Notfallzulassungen, Nebenwirkungen

Ein Internist und Notfallmediziner packt aus, will aber aus Angst vor Repressalien anonym bleiben.

Ich bin Internist, und Notfallmediziner und an der Front tätig, sodass meine Informationen als Informationen aus erster Hand zu betrachten sind. Ich stehe in regem Austausch mit einer hohen Anzahl an Kollegen. In meiner Tätigkeit muss ich bei Aufgabe der Anonymität mit Repressalien, dem Berufsverlust bis hin zum Berufsverbot rechnen.



Trotz Pandemie mussten mehrere Krankenhäuser schließen. Foto: Steve Schramm

ZU DEN IMPFSTOFFEN

Die aktuellen Corona-Impfstoffe hatten eine Entwicklungszeit von unter einem Jahr. Der zuvor am schnellsten zugelassene Impfstoff hatte eine Dauer bis zur behördlichen Zulassung von knapp fünf Jahren, im Durchschnitt dauerte dies rund 10 Jahre. Die Effektivität, die Massenmedien proklamieren, ist reine PR.
Die Impfung gegen Sars-COV-2 ist nach aktuellem Stand die nebenwirkungsreichste Impfung, die es jemals gab.

ERKENNEN ÄRZTE UNERWÜNSCHTE ARZNEIMITTELWIRKUNGEN (UAW) NACH IMPFUNGEN?

Man kann nur Sachen erkennen, die man weiß. Daher darf man vielen meiner Kollegen keine böse Absicht unterstellen. Sie lernen im Studium das Dogma, dass Impfungen bedingungslos gut sind und nichts über die Zusammensetzung der Impfungen, die Inhaltsstoffe, mögliche Nebenwirkungen usw.

Ärzte wurden nie darauf sensibilisiert UAW von Impfungen (und teils auch von Pharmaka) zu erkennen. Zum Beispiel: Eine alte Frau kommt drei Tage nach der ersten Impfung mit Biontech ins Krankenhaus. Sie ist dement, sie würde laut den Heimpflegern die Nahrungsaufnahme verweigern und die rechte Gesichtshälfte würde hängen. Der Kollege nimmt sie auf und behandelt sie, er schließt auch mittels einer Bildgebung des Gehirns einen Schlaganfall aus. Eine weitere Idee zu ihrem Problem hat er nicht. Kurz vor der Entlassung frage ich nach. Er sagte, ja sie wurde auch geimpft, aber da gebe es ja keinen Zusammenhang. Leider doch, Nervenlähmungen, vor allem die Lähmung des Nervus facialis ist bereits in den Studienprotokollen der Pharmafirmen beschrieben worden und tritt nun regelhaft als anerkannte UAW auf. Es gibt weder ein Schreiben der Ärztekammern noch der Gesundheitsämter, der Regierung oder einer anderen Regulierungsstelle, die Ärzte darauf aufmerksam macht, dass wir uns hier im Rahmen einer Notfallzulassung in einer experimentellen Situation befinden und besondere Obacht und Sorgfalt walten lassen müssen. Eine gezielte Anamnese in Bezug auf die Covid-Impfung findet nicht statt, meiner Kenntnis nach weder in Praxen noch anderen Krankenhäusern, sodass natürlich auch ein Rückschluss auf mögliche UAW kaum möglich ist. Vereinzelt haben wir auch schon schwere Verläufe von Lungenentzündungen im Sinne eines fulminanten Covid-19-Syndroms nach Impfungen beobachtet, dies bei alten Leuten, die in Heimen geimpft wurden. Als Erklärungen werden dann die Mutanten angeführt.

Wir erkennen nur die Spitze des Eisbergs in Bezug auf Nebenwirkungen. Und dies müsste schon ausreichen, um dieses Impfprogramm sofort zu stoppen.

SIND WIR AUSGELASTET?

Kurz gesagt, nein, wir sind nicht ausgelastet. Sonst hätte man ja auch nicht 4000 Intensivbetten zwischen April 2020 bis März 2021 abgebaut. Wir sind aktuell massiv unterbelegt und dies auch bereits wieder seit Wochen. Wir haben aktuell eine Auslastung von rund einem Drittel. Aber warum begehren die Krankenhäuser bei einer Unterbelegung nicht auf? Der Aufschrei der Fachgesellschaften und der Krankenhausgesellschaft blieb aus. Kein Wunder, Herr Spahn überwies Milliarden an Schweigegeld – ich meine Unterstützungsleistungen. Voriges Jahr erhielt man für jedes freie Bett im Vergleich zu 2019 560 Euro pro Tag. Dies wurde als sogenannte Freihaltepauschale bezeichnet. Beatmungsplätze, die frei waren, wurden mit deutlich höheren Beträgen gefördert. Das heißt, es kam in einigen Häusern zu einem Mehrerlös trotz weniger Patienten. Wir machten mehr Geld, wenn wir Betten freihielten, weil in meinem Bereich ein durchschnittlicher Patient 200 bis 300 Euro pro Tag bringt. War das Bett frei waren es 560 Euro.

COVID-AUSBRÜCHE IN HEIMEN NACH IMPFUNGEN

Ich habe regional zehn Heime angerufen und vertraulich Gespräche geführt, die sehr freundlich waren. In einem Heim kam es nach den Impfungen zu Ausbrüchen. 69 Patienten wurden geimpft, von diesen wurden nach zehn Tagen 30 positiv getestet und 11 waren innerhalb von einem Monat nach der Impfung tot. In den weiteren neun Heimen verlief die Impfung mit Biontech relativ komplikationslos, keine Ausbrüche, keine Unterschiede in Bezug auf die Todesfälle zwischen geimpften und nichtgeimpften Personen nach mittlerweile zwei bis drei Monaten Beobachtungszeit. Es scheint sporadisch zu sehr schweren Ausbrüchen in einigen Heimen zu kommen, jedoch ist dies nicht die Regel.

MELDUNG

MMER MEHR SUIZIDVERSUCHE BEI KINDERN UND JUGENDLICHEN

DW/Zürich. Das Kinderkrankenhaus der Universitätsklinik in Zürich verzeichnete 2020 doppelt so viele Suizidversuche bei Kindern und Jugendlichen als vor der Pandemie. Der Chefpsychologe Markus Landolt spricht von einer »katastrophalen Versorgungslage«. 2020 behandelte das Spital 49 Kinder nach Suizidversuchen. 2019 waren es noch 21. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres seien schon so viele Fälle wie im gesamten Jahr 2019 behandelt worden. Auch Essstörungen haben laut dem Arzt stark zugenommen. (sma)

GESUNDHEITSMINISTER TRITT ZURÜCK

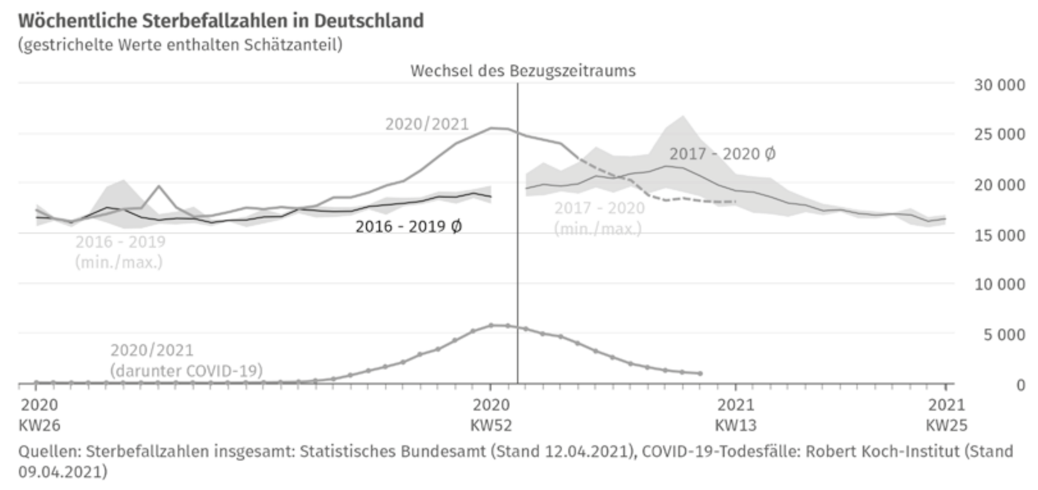
DW/Wien. Der österreichische Gesundheitsminister Rudi Anschober gab am Dienstag, den 13. April seinen Rücktritt als Minister bekannt. Seine 15 Monate im Amt hätten sich angefühlt wie 15 Jahre, sagte Anschober. »Ich habe mich dazu entschieden, meine Funktion als Minister niederzulegen«. Er sei schlicht so überarbeitet, dass er beschlossen habe, für sich die »Notbremse« zu ziehen. (sma)

KORREKTUR ZUM ARTIKEL »ASTRAZENECA, BIONTECH UND CO – THROMBOSEN FÜHREN ZUM TOD« IN AUSGABE 43, SEITE 3

DW/Berlin. Im Beitrag hieß es: »Durch das Spike-Protein der verschiedenen Impfstoffe wird die Produktion von bestimmten Antikörpern angeregt (Immunglobuline), die wiederum mit Oberflächenproteinen von Blutplättchen (Thrombozyten) reagieren. Das führt zu einer Verklumpung, die dann die Blutgefäße verstopft.« Hier ist uns leider ein Fehler unterlaufen. Korrekt ist, dass die Spike-Proteine direkt zur Verklumpung der Blutplättchen führen und hier keine Antikörper direkt an der Verklumpung beteiligt sind. (maf)

REISEN NUR MIT NACHWEIS?

DW/Brüssel. Die EU-Kommission bereitet die Einführung digitaler »grüner« Nachweise vor. Erst damit sollen EU-Bürger wieder frei in andere Länder reisen können. In dem Dokument werden Informationen wie Name, Geburts- und Ausstellungsdatum sowie Angaben zu Impfstoff/Test/Genesung und ein individuelles Erkennungsmerkmal gespeichert. (sma)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

STASIMUSEUM BLEIBT GESCHLOSSEN

DW/Berlin. »Gerade uns als Stasimuseum stünde es schlecht zu Gesicht, am Eingang zum Museum Informationen zu sammeln, die eigentlich der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen. Das Stasimuseum informiert über die SED-Diktatur und wirbt damit für den freiheitlichen Rechtsstaat.«, begründet Museumschef Jörg Drieselmann den Protest. Das Museum wurde von Menschen gegründet, die am 15. Januar 1990 die Stasizentrale in Berlin besetzten und am Ort der Angst einen Ort des Austauschs und der Offenheit aufbauten.

DW UND SACS BEOBACHTEN VERFASSUNGSSCHUTZ

DW/Berlin. Die Redaktion des Demokratischen Widerstandes wird ab sofort den Berliner »Verfassungsschutz« (VS) und dessen Verbindungen zur Propagandapresse beobachten. Dies erklärte die Redaktion heute nach einer Sitzung gemeinsam mit der Stiftung Aufarbeitung des Corona-Schreckensregimes (SACS) in Berlin. Die antidemokratische Stasi- und Unterwanderungsbehörde mit dem euphemistischen Namen VS habe bedenkliche staats- und demokratiefeindliche Verbindungen zu Propagandamedien, darunter der unter Fanatismus- und Verleumdungsverdacht stehende RBB-Provokateur Olaf Sundermayer, der in der Demokratiebewegung bereits scherzhaft »IM brünftiger Merkel-Eber«, genannt werde.

GOOGLE UND APPLE KOOPERIEREN BEI DER KONTAKTVERFOLGUNG

DW/Palo Alto. Google und Apple kooperieren bei *Contact-Tracing*-Software. Die Zusammenarbeit der zwei Technologiekonzerne schafft einen globalen Standard für sogenannte Kontaktverfolgung. Google und Apple kündigten eine technische Lösung über Geräte- und Betriebssystemgrenzen hinaus bis Mitte Mai an. Die Firmen wollen Schnittstellen ausrollen, die »die Interoperabilität zwischen Android und iOS-Geräten für Apps von Gesundheitsbehörden ermöglichen.« (sma)

IMPFSTART IN EUROPA MUSS VERSCHOBEN WERDEN

DW/Brüssel. Wegen schwerer Nebenwirkungen und Thrombosefällen verzögert der US-Pharmakonzern Johnson & Johnson die Auslieferung seines Impfstoffs in Europa. Zuvor hatten die Behörden in den USA wegen sechs Thrombosefällen einen Impfstopp empfohlen. »Bei sechs Menschen in den USA seien zwischen sechs und 13 Tagen nach der Impfung Sinusvenenthrombosen diagnostiziert worden«, erklärten die Behörden in einer Stellungnahme. In drei Fällen sei zusätzlich eine Thrombozytopenie, also ein Mangel an Blutplättchen, aufgetreten. Es handele sich um Frauen im Alter zwischen 18 und 48 Jahren. (sma)

»Legal aber nicht legitim«

Der Kabinettsbeschluss zum Infektionsschutzgesetz eliminiert den Föderalismus. | Von Sophia-Maria Antonulas

Das Infektionsschutzgesetz gehörte bis 2020 zu den am wenigsten beachteten Gesetzen. Nun soll es dazu verwendet werden, bundesweite Ausgangssperren und Schulschließungen durchzusetzen.

Das Bundeskabinett legte diesen Dienstag den Entwurf für eine erneute Änderung des Infektionsschutzgesetzes vor. Im geplanten Paragraphen 28b sind auch bundesweite nächtliche Ausgangssperren ab einem Inzidenzwert von 100 vorgesehen. Angeblich weil besonders nächtliche Ausgangssperren die Mobilität einschränkten, wie kontinuierlich stattfindende Auswertungen der Handydaten der Bevölkerung ergeben. Auf der Website der Bundesregierung heißt es dazu: »Einschränkungen der Mobilität helfen, die Zahl der Neuinfektionen zu senken.«

»Die starre Grenze von 100 positiv Getesteten pro 100.000 Einwohner, lässt keine Diskussion mehr zu«, erklärt Rechtsanwalt Alexander Christ, Sprecher der Initiative Anwälte für Aufklärung. »Es ist ein Fehler, den Gesundheitsschutz über Artikel 1 zu stellen. Artikel 1 des Grundgesetzes hat die Gesellschaft zusammengehalten«, kritisiert Christ und weiter: »Plötzlich sagen wir, dass Artikel 2 über allem steht. Doch genau dieser Artikel sollte den Einzelnen vor Übergriffen des Staates schützen und nicht umgekehrt. Die Würde des Einzelnen muss unantastbar sein. Man kann nicht Leben gegen Leben aufwiegen, nicht den Gesundheitsschutz über die Würde stellen.«

Waren die Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten schon unzulässig und verfassungswidrig, so wird diese unrechtmäßige Aufgabe nun an den Bund abgegeben. Prinzipiell darf der Bund Themen an sich ziehen. Das wäre laut Christ zwar »legal, aber nicht legitim«. Auch bleibt die Frage offen, warum das erst nach mehr als einem Jahr passieren soll. Der Rechtsanwalt sieht darin jedenfalls eine Veränderung der Normenhierarchie. »Und genau das ist der Beginn der Diktatur. Der erste Schritt ist immer, dass Normen aus dem Nichts heraus geändert werden.« Wird das Gesetz so beschlossen, bleibt nur eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht.

Es bleiben viele Fragen offen. Etwa, ob mit unzuverlässigen Tests der Ausnahmezustand ins Unendliche verlängert werden soll? Und ob das daran liegt, dass die Notzulassungen der Impfstoffe an eine pandemische Lage gekoppelt sind. Fix ist, dass der Bundesrat seiner eigenen Entmachtung nicht zustimmen muss. Auf der Website der Bundesregierung heißt es dazu: »Der Entwurf ist im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig.«



BEFEHL VON OBEN

Fortsetzung von Seite 1

In den vergangenen Wochen weigerten sich manche Ministerpräsidenten Geschäfte zu schließen oder Kinder aus den Schulen zu vertreiben. Die medizinische Situation gab das her, denn es gibt und gab niemals eine Überlastung des Gesundheitssystems über das Maß der alljährlichen Grippewellen hinaus. Selbst diese feinsten Abweichungen von der Agenda sollen nun bestraft werden, indem die Kanzlerin die Ministerpräsidenten entmachtet.

Bereits die sogenannte Ministerpräsidentenrunde war verfassungswidrig, denn es ist Aufgabe der Landesparlamente und des Bundestages sinnvolle Gesetze nach ausgiebiger Debatte zu erlassen. Ihre Aufgabe ist es nicht, Gesetze einfach abzunicken. Bei der neuen Regelung wird der Schritt zum Ermächtigungsgesetz jedoch final überschritten.

Die Regierungspropagandisten versuchten die Sache in ihrem Sinne zu drehen. So meinte Innenminister Horst Seehofer (CSU) gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*, dass der Bundestag das Heft des Handelns übernehmen würde. In der CDU-nahen *taz* wurde gar behauptet, es würde eine »Rückkehr zur verfassungsrechtlichen Normalität« darstellen, wenn Ausgangssperren über 80 Millionen gesunde Menschen verhängt werden und die Regierung über das Parlament hinweg entscheidet. Wie fadenscheinig die Regierungsargumentation ist, zeigte sich auch diese Woche: Aerosolforscher wiesen darauf hin, dass unter freiem Himmel quasi keine Ansteckungsgefahr bestehe, zwei Studien in der Fachzeitschrift *The Lancet* bewiesen, dass die sogenannte britische Virusvariante B.1.1.7 nicht tödlicher ist als andere Corona-Viren.

Und unabhängige Forscher betonten erneut die Haltlosigkeit des Inzidenzwertes als Grundlage staatlichen Handelns. Allein die Merkel-Spahn-Bande will das unsinnige, menschenverachtende und undemokratische Gesetz durchpeitschen. Nur weil es nicht für die benötigte Zwei-Drittel-Mehrheit für das beschleunigte Verfahren reichte, wird das Gesetz erst am kommenden Mittwoch, den 21. April 2021 durch das Parlament gebracht. FDP und Linkspartei werden gegen das Gesetz stimmen, halten jedoch an der Viruslüge fest. Die Grünen positionieren sich für Schwarz-Grün und fordern gar eine Verschärfung der Regierungsmaßnahmen. Gegen das Ermächtigungsgesetz der Kanzlerin demonstrieren Demokratinnen und Demokraten am Mittwoch ab 9 bzw. 10 Uhr im Regierungsviertel.

RICHTIGSTELLUNG: *In der gedruckten Ausgabe dieser Zeitung steht, dass die Regierung eine Zwei-Drittel-Mehrheit benötigen würde, um das Gesetz durchzubringen. Entschuldigung für die falsche Hoffnung. Die Stimmen von SPD, Union und Grünen reichen für diese Schandtat aus.*



Foto: Ronja Palmer

FREIHEIT, MACHTBEGRENZUNG, ACHTSAMKEIT UND SCHWARMINTELLIGENZ ALS KERNPRINZIPIEN

Am vergangenen Sonntag, dem 11. April, trafen sich etwa 100 Berliner Mitglieder der Partei Die Basis zu ihrem ersten Landesparteitag. In entspannter Atmosphäre wurden neue Vorstandsmitlieder gewählt, das Wahlprogramm verabschiedet und Satzungsvorschläge dikutiert. (rop)



Nürnberger Prozesse 2.0 – Das Bundeskabinett auf der Anklagebank. *Collage: Jill Sandjaja*

Achtung Provokateure

Woran sind sie zu erkennen und was ist zu tun? | Von Vicky Richter

Sucht man nach dem Begriff Provokateur im Duden, findet man die Schlagwörter Aufhetzer, Aufwiegler, Hassprediger, Hetzer und Scharfmacher, doch was genau macht ein Provokateur eigentlich?

Als Provokateur oder Agent Provocateur werden Personen charakterisiert, die Teilnehmer von zum Beispiel Demonstrationen im Auftrag des Staates zu gesetzeswidrigen Handlungen provozieren sollen. Außerdem wird damit auch ein Verhalten bezeichnet, das gezielt eine Veranstaltung stören oder eine Legitimation eines härteren Eingreifens durch die Polizei ermöglichen soll. Da der Einsatz solcher Agenten durch die Regierung eine gewisse Gefahr birgt, dass der Staat mittelbar als Gesetzesbrecher agiert und Situationen schafft, die ohne die Provokateure nie entstanden wären, ist der Einsatz solcher Kräfte in Demokratien nur unter streng reglementierten Bedingungen möglich. Es ist nicht verwunderlich, dass Fälle bekannt sind, wo verdeckte Störungen rechtswidrig eingesetzt wurden, um Demonstrationen von sozialen Bewegungen gewaltsam eskalieren zu lassen. Dies geschah auch in Deutschland und wurde auch bei mehreren Anti-Corona-Maßnahmen-Demos beobachtet.

DOCH WORAN ERKENNT MAN SOLCHE »AGENTEN«?

Das Paradebeispiel hierfür sind die Proteste gegen die aktuellen Corona-Maßnahmen, die von der Exekutive nicht gern gesehen sind, deshalb unternimmt sie vielfach Versuche, um die Demonstrationen zu verbieten. Ein Leak aus dem BKA besagt deutlich, dass von den »üblichen« Teilnehmern dieser Veranstaltungen keine gesteigerte Gewaltbereitschaft ausgeht und das auch von den eingesetzten Polizeibeamten bestätigt wird. Somit »müssen« offenbar aus Sicht des Staates solche Situationen erst geschaffen werden.

Die Regierungen und Medien versuchen seit Beginn der Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen Bewegung rund um „Querdenken“ als „Rechts“ zu framen und ein Feindbild zu schaffen. Letztlich um die Bewegung überwachen und gegebenenfalls auch verbieten zu können. Deshalb werden die Stereotype der rechten Szene komplett bedient. Auf dem Demonstrationszug in Leipzig letzten Jahres wurden vereinzelt Flaggen aus dem alten Kaiserreich entdeckt und diese Info an die begleitenden Polizeibeamten mehrfach weitergegeben, um diese Personen aus dem Zug zu entfernen. Das Erstaunliche war, dass zwar die Polizei die Meldung absetzte und versichert wurde, man würde sich darum kümmern. Jedoch ist nichts dergleichen passiert. Hier liegt die Vermutung nahe, dass genau diese Fahnenträger Agenten waren und extra platziert wurden, um der Bewegung zu schaden. In Kassel wurden kürzlich direkt vor der Presse »gewaltsam« Blockaden der Polizei durchbrochen und durch die Beamten mit mittlerer Härte eingedämmt. Jedoch war das restliche Verhalten der Polizei den Teilnehmern gegenüber vorbildlich und wurde im Nachhinein von Politik und Presse als zu lasch und untragbar bezeichnet.

In Stuttgart wurden am 03. April Medienvertreter mit Gegenständen beworfen und beschimpft. Die Vermutung liegt nahe, überall wo der Staat nicht die Bilder bekommt, hilft er ein bisschen nach und setzt Agenten ein.

Jemand der in der Masse auffallend pöbelnd und aggressiv gegenüber der Presse agiert oder der vor jeder Kamera beginnt die Polizei zu provozieren, ist häufig ein bezahlter Provokateur, dabei bedient man sich meist szenetypischer Stereotypen. Was hilft gegen Provokateure? Filmen, dokumentieren sowie Polizei und Ordner informieren.



ANTIFA PROVOZIERT, BFE VERSAGT

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Meine Lehren aus der »Antifa«-Provokation auf der Demo in Frankfurt: Man sollte als persönlich Betroffener mit Analysen und Wertungen immer vorsichtig sein, gerade als Anwalt und diese am besten anderen überlassen. Trotzdem möchte ich meine – vielleicht etwas subjektive Sichtweise – zu meiner Festnahme in Frankfurt mitteilen, vor allem bezüglich der Arbeit der BFE-Einheit und den Lehren daraus.

Wie den meisten unserer Leser bekannt sein dürfte, ging der Festnahme ein Angriff einer »Antifa«-Provokateurin voraus, die auch diverse Demonstrationsteilnehmer beleidigte und schon im Vorfeld durch Beleidigungen aufgefallen war. Nachdem die Polizeiarbeit bei der Demo in Stuttgart vorbildlich war, muss ich der BFE-Einheit in Frankfurt ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellen. Obwohl die Einheit rund 20 Sekunden Zeit hatte, die Situation zu beobachten und dies teilweise auch tat, passierte zunächst nichts, trotz aufgeheizter Stimmung. Es war ziemlich offenkundig, jedenfalls für das geschulte Auge, von wem die Provokation ausging.

Als die Provokateurin begann, mich anzugreifen, stürmte die Polizei auf uns zu, rannte dabei eine Frau, die im Weg stand, ziemlich rabiat um, verletzte einen älteren Mann am Kopf und nahm mich, wenn auch nicht schmerzhaft, so doch relativ rüde fest. Bei der Fixierungsmaßnahme, genannt Armstreckhebel, legte der Beamte dann sein Knie auf meinen Kopf, wo es nun überhaupt nichts zu suchen hat, wie mir aus Polizeikreisen auch bestätigt wurde. Die Provokateurin dagegen wurde einfach stehen gelassen und erst nach vielfachen Aufforderungen der Zeugen ohne Polizeigriffe oder Eigensicherung zu den Polizeifahrzeugen gebracht.

Aus rechtlicher Sicht darf sich jeder gegen einen gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriff in Notwehr verteidigen und den Angreifer auch gemäß § 127 StPO vorläufig festnehmen und der Polizei übergeben. Ob eine solche vorläufige Festnahme in so einer Situation sinnvoll ist, darf jedoch bezweifelt werden, weil die Polizei den Festnehmenden als Aggressor sehen wird, mit entsprechenden Folgen. Provokateure sollen genau das bewirken, Reaktionen von Polizei und anderen Beteiligten. So werden dann die Bilder erzeugt, mit denen man sowohl die Polizei, als auch die Betroffenen solcher Provokationen zu Handlungen bewegt, die zur medialen Propaganda benutzt werden können, sowohl gegen die Betroffenen, als auch gegen die Polizei. Nun fragten mich einige, muss man sich hier (gegen eine Frau) verteidigen? Gegenfrage, kann man ausschließen, dass die höchst aggressive Angreiferin bewaffnet ist?

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

Machtdemonstration

Ein BERICHT von Jill Sandjaja

Das Bundeskabinett beschloss am 13. April den Gesetzesentwurf zur Ergänzung des Infektionsschutzgesetzes, mit dem die Merkeladministration ihre alleinige Herrschaft über Hygiene-Deutschland legitimieren will.

Trotz der sehr kurzfristigen Planung der Mahnwache strömten rund 500 Demokraten aus allen Bundesländern um 10 Uhr morgens auf die Wiese vor dem Bundestag. Der erste Eindruck, war ernüchternd. Dachte die Regierung etwa, dass die Menschen den Bundestag stürmen wollen? Oder warum hatten die Machthaber in jedem Winkel des Regierungsviertels Polizeifahrzeuge platziert, kilometerlange Barrikaden rund um den Bundestag aufgestellt und die zahlenmäßig unterlegenen Demonstranten eingekesselt?

FESTNAHMEN WIE AM FLIESSBAND

Zunächst verlief alles friedlich und der Verbindungsbeamte des Versammlungsleiters war persönlich sehr angetan von der Mahnwache, doch dies schien für den überwiegenden Teil seiner Kollegen nicht der Fall gewesen zu sein. Denn es vergingen keine 20 Minuten und die Polizeibeamten begannen, erste Demokraten, die keine Maske tragen konnten, von der Wiese zu schleifen. Andere Teilnehmer, die den auf dem Boden Liegenden helfen wollten, wurden grob weggestoßen bis auch sie auf die Fresse fielen. Selbst einen 13-jährigen Jungen verschonten die Uniformierten nicht und unterzogen ihn einer polizeilichen Maßnahme, weil sie sein Attest für ungültig hielten. Auf die Frage, ob ihm seine Arbeit gefällt, antwortete ein Polizeibeamter, der gerade einen angeblichen Gefangenenbefreier festnahm, mit einem stolzen Lächeln.

Da fragt man sich einfach nur, was aus der Würde des Menschen geworden ist. Aber Faschisten verletzen Grenzen aus Tradition. Eigentlich muss die Berliner Polizei ihr Handeln reflektieren, remonstrieren oder wenigstes die Leute in Ruhe lassen. Oder wollen sie nur die pure Eskalation? Ja. Doch das werden wir Demokraten mit aller Macht verhindern.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Sendet uns die Termine Eurer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

17.04.2021 13-15 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	Kundgebung WIR müssen reden - Immunität für Demokratie
17.04.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
17.04.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte
17.04.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese	Autokorso
17.04.2021 13:30-16 Uhr	Brandenburg an der Havel, Wiesenweg	Autokorso für Demokratie & Selbstbesimmung
17.04.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
17.04.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
17.04.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit durch Eigenverantwortung
17.04.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
17.04.2021 13:30-17 Uhr	Kempten, Ort wird noch bekannt gegeben	Großdemo - Ein Jahr Freiheitsbewegung
17.04.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
17.04.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Marienplatz	UlliOma & Friends
17.04.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
17.04.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
17.04.2021 10-22 Uhr (täglich)	Berlin, Bundeskanzleramt	Mahnwache am Kanzleramt
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Erfurt, Ort folgt	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Dresden, Ort folgt	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 13:30-23:59 Uhr	Hannover, Ort folgt	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Bremen, Ort folgt	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Mainz, Ort folgt	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Düsseldorf, Hofgarten	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	München, König Maximilian II Denkmal	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Potsdam, Brandenburger Tor	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Wiesbaden, Reisinger Anlagen	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Magdeburg, Kleiner Stadtmarsch	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Hamburg, Rathausmarkt	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Saarbrücken, Ort folgt	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Kiel, Reventlouwiese	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Stuttgart, Marienplatz	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Parchim, Festplatz Bergstraße	Es reicht! - Bundesweite Aktion
17.04.2021 14-23:59 Uhr	Berlin, Bundesministerium für Gesundheit	Es reicht! - Bundesweite Aktion
18.04.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
18.04.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
18.04.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
19.04.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
19.04.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
19.04.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
19.04.2021 17-19 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz o. Max-Joseph-Platz	Magic Monday MediTANZion
19.04.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
19.04.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
19.04.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen.	Demokratieflashmob
19.04.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
19.04.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
19.04.2021 14-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Brandenburger Tor	Demo für Grundrechte & Selbstbestimmung
19.04.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
19.04.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
19.04.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
19.04.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Montagsdemo
19.04.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
19.04.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Parkplatz am S-Bhf Pankow-Heinersdorf	Autokorso Berlin Nord
19.04.2021 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Nürnberg, Jakobsplatz	Montagsspaziergang für Grundrechte und Gesundheit
20.04.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätteplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
20.04.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
20.04.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
20.04.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
21.04.2021 9-22 Uhr	Berlin, Regierungsvirtel	Gegen das Infektionsschutzgesetz 4.0
22.04.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
22.04.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
22.04.2021 17-19 Uhr (jeden Do)	Traunstein, Stadtplatz	Lasst uns reden
22.04.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
22.04.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
23.04.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
23.04.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
23.04.2021 16:30-19 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Autokorso für Grundrechte
23.04.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
23.04.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Traunreut, Rathausplatz	Lasst uns reden
23.04.2021 17:30-20 Uhr (jeden Fr)	Spremberg, Parkplatz Georgenstraße	Autokorso für Grundrechte
23.04.2021 18-20 Uhr (jeden Fr)	Berlin, P+R Parkplatz Böhlener Str. (U Hönow)	Autokorso Berlin Ost
24.04.2021 14-17 Uhr	Berlin, Ecke Wilhelmstr/Franz-Klühs-Str.	Aufzug - Genug ist genug
24.04.2021 14-18 Uhr	Kaiserslautern, Messeplatz	Großdemo Lautern steht auf
24.04.2021 16-19 Uhr (jeden 2. Sa)	Landshut, Parkplatz Wittstraße 1	Autokorso für Grundrechte
25.04.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
25.04.2021 14:30-20 Uhr	Berlin, Lipschitzplatz	Demotour - Wir sind viele
30.04.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
30.04.2021 18-22 Uhr	Darmstadt, Karolinenplatz	Aufzug und Kundgebung für Grundrechte
01.05.2021 14-22 Uhr	München, Theresienwiese	Großdemonstration

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Staatsgewalt und Widerstand in Österreich

Die Demos werden kleiner, aber der Lockdown wird immer weniger hingenommen. | Von Eric Angerer

Da der »harte Lockdown« alle angemeldeten Demos verhinderte, war für den 10. April zu einem großen Picknick im Wiener Schweizergarten aufgerufen worden. Auf den dortigen Wiesen wollte man zusammenkommen.

Die Polizei machte allerdings von Anfang an deutlich, dass sie keine Frühlingsidylle aufkommen lassen wolle. In fünfköpfigen Greiftrupps wurde der Park martialisch durchkämmt und willkürlich Anzeigen verteilt. Organisator Martin Rutter wurde erneut gleich zu Beginn festgenommen – ein Zeichen, dass die Staatsgewalt an Chaos interessiert war.

Als Ausweg formierte sich eine Stunde später dann doch ein Demozug. Neben Österreich- und Regenbogenfahnen gab es auch Transparente mit Aufschriften wie mehrdeutig »Kurz ist der Weg in die Diktatur« oder von einer linken Gruppierung »Volkswiderstand«. Nach wenigen hundert Metern wurden die Menschen bereits von der Polizei blockiert. Das Auftreten der behelmten Polizisten war oft so herablassend und aggressiv, dass damit offenkundig eine Eskalation provoziert werden sollte. Sobald sich Personen den Gittersperren näherten, wurde massiv und ziellos Reizgas eingesetzt. Irgendwann flogen dann tatsächlich Flaschen in Richtung der Polizeiketten. Die große Mehrheit der Demoteilnehmer war aber durchgängig um einen friedlichen Ablauf bemüht.

Kurzzeitig gelang es, Sperren zu durchbrechen und das Demonstrationsrecht für kleine Abschnitte durchzusetzen. Dann wurden wieder Demonstranten eingekesselt. Teilweise schoben Polizisten auch kleine Gruppen von Demonstranten eng zusammen und schrieben dann Anzeigen wegen nicht eingehaltenen Mindestabstandes. Die Polizei forderte auf, die aufgelöste Versammlung zu verlassen, riegelte aber sämtliche Ausgänge ab. Als einige Demonstranten versuchten, die Tretgitter selbst aus dem Weg zu räumen, gab es wieder massiven Reizgaseinsatz.

GROSSTEIL DER ÖSTERREICHISCHEN BEVÖLKERUNG TRÄGT LOCKDOWN NICHT MIT

Insgesamt waren sicherlich mehr als die von den Mainstream-Medien behaupteten 3.000 Menschen unterwegs, aber bestimmt weniger als 10.000. Die große Mehrheit besteht aus Österreichern aus der Arbeiterklasse, die meisten politisch unorganisiert, dann gab es eine kleine rechte Strömung und noch weniger Linke. Dass die Demo kleiner war als im Januar oder Februar, liegt teilweise daran, dass die Polizeigewalt erfolgreich Menschen abschreckt. Außerdem hat die FPÖ, anders als im Februar, nicht dafür mobilisiert. Und schließlich ist es eine lange historische Erfahrung, dass eine Bewegung, die nicht vorangeht, an Dynamik verliert. Gibt es keine unmittelbar absehbaren Erfolge, bleiben Teile der Unorganisierten erstmal weg – besonders dann, wenn es Repressalien gibt.

Die Bewegung ist aber auch keineswegs besiegt. Die große Mehrheit der Bevölkerung trägt den Lockdown nicht mehr mit. Obwohl man eigentlich nur für Arbeit, Einkauf oder kurze physische oder psychische Erholung die Wohnung verlassen darf, sind alle Parks und Naherholungsgebiete voll mit Menschenmassen, die mit Freunden wandern, Rad fahren, mit den Kindern spielen oder picknicken. Aus diesem Reservoir von zivilem Ungehorsam kann die offene Widerstandsbewegung schnell wieder neue Kraft schöpfen.

40 PROZENT ARBEITSLOS ODER IN KURZARBEIT UND DAS IST ERST DER ANFANG

Dazu wird die soziale Frage kommen: 40 Prozent der Österreicher sind bereits arbeitslos oder in Kurzarbeit. Der Tiefpunkt ist bei weitem nicht erreicht. Die Umfragewerte der Regierung sind schlecht, Gesundheitsminister Anschober bereits zurückgetreten. Die Oppositionsparteien sind mit Richtungskämpfen konfrontiert. In den kommenden Monaten wird für sozialen und politischen Sprengstoff gesorgt sein.

»Achtung, Achtung! Hier spricht die Polizei!«

Unser rasender Reporter Clark Kent über Bamberg und eine instrumentalisierte Exekutive

Oder wie man früher noch sagte »Schutzmann«. Mit Schutz hat es heute nichts mehr zu tun, da gibt es Lokalpolizisten, Einsatzzüge, Hundertschaften, Rottenführer, Sondereinsatzkommandos und viele mehr. Es scheint wichtig zu sein, dass die Menschen immer mehr Angst vor diesen Beamten bekommen sollen, ein bisschen wie beim Militär.

Am Samstag in Bamberg waren über 50 Einsatzkräfte der Polizei vor Ort. Die Anzahl der Demonstranten belief sich hingegen auf 150 Personen. Im Hintergrund spielten Kinder ohne Abstand oder Maske Fußball, während die Polizei einmal mehr beweisen wollte, dass sie das Gewaltmonopol innehat. So nahm sie direkt zum Anfang den Youtuber Oli, trotz Presse- und Behindertenausweis, in Gewahrsam.

DEMOKRATEN WOLLEN ANZEIGE ERSTATTEN UND WERDEN VON MANNSCHAFTWAGEN BEGRÜSST

Auf der Versammlung sprach dann unter anderen Thomas der Busfahrer, der für mich ein Superheld ist, weil er sich für Kinder eingesetzt hat und mit seinem Schulbus Umwege fuhr, um Kinder abzuholen, die von anderen Busfahrer stehengelassen worden waren – als Dank dafür verlor Thomas seinen Job.

Nach dieser Demonstration entschlossen sich 40 Personen aus Solidarität, Oli zu unterstützen, indem sie zur Polizeistation gingen um eine Anzeige zu erstatten. Die Polizei konterte mit 20 Mannschaftswagen und ganz mieser Stimmung. Abbekommen hat es sogar ein 7-jähriger Junge, der seine Personalien abgeben musste.

Noch obskurer wurde es am Sonntag vor der Justizvollzugsanstalt (JVA) in München, vor der sich spontan 27 Personen zu einer Eilversammlung trafen, da Karl Hilz wieder einmal im Gefängnis war. 22 Polizisten bewachten den Ort, dazu zwei Leiter, vier weitere Beamte direkt vor der JVA und später nochmal zwölf Kollegen von der Hundertschaft.

Ich frage mich, wer solche Einsätze koordiniert und wer das alles bezahlen soll. Ich bin mir nicht sicher, aber ich denke, dass das Bild von den Kanonen, mit denen auf Spatzen geschossen wird, in diesem Fall noch stark untertrieben ist.

EXEKUTIVE WILL FRIEDLICHE BÜRGER KRIMINALISIEREN UND MIT ALLER GEWALT ZURÜCKDRÄNGEN

Die Polizisten in Bayern scheinen nicht in der Lage zu sein, mit Menschen, die friedlich ihre Meinung sagen, normal umzugehen. Entweder geht es darum, eine Politik des Schreckens und der Unterdrückung durchzusetzen, oder die Polizisten sind unerfahren, inkompetent oder haben einfach nur ihren Beruf verfehlt. Nicht anders ist zu erklären, was in diesem Bundesland geschieht. Meine Befragungen einzelner Polizisten, die ihren Beruf tatsächlich noch ernstnehmen, zeigt aber auch, dass viele Beamte das nicht so sehen. Sie wollen den Menschen helfen und sehen sich nach wie vor als »Freund und Helfer«. Sie verstehen nicht, dass sie dazu beitragen, dass der Staat immer mehr zu einer »weißen Diktatur« verkommt, in der den Menschen Freiheit nur vorgegaukelt wird. Wo sind nur unsere echten Schutzmänner geblieben?



»Angst kann nie die Lösung sein«

oder »Die Kanzlerin fährt nur auf Sicht!« | Von Hannes Henkelmann

Heute bin ich in Wiesbaden-Erpenheim bei Elk Michael Berger zu Gast. Wir haben uns im HarlekinÄum, dem lustigsten Museum der Welt, getroffen und sprechen über die Kunst und Corona sowie über Beuys und Bonmots.

DW: Stellen Sie sich doch bitte kurz vor.
Elk Michael Berger: Ich bin 79 Jahre alt, verheiratet, habe zwei Söhne und vier Enkelkinder.

Was haben Sie beruflich gemacht?
Nun, schon im zarten Alter von 14 Jahren habe ich mit den sogenannten Bukos, den Beischlafutensilienkoffern, Handel betrieben. Danach war ich erst Page in einem Hotel, später der Chefkoch des Hauses. 1969 gründete ich mit meiner Frau Harlekin Geschenke Humor und wurde Erfinder und Hersteller nützlicher und fröhlicher Geschenkartikel. Von Anfang an setzte ich dabei auf die Haptik unserer Artikel. Über das Greifen zum Begreifen. Über einen Witz lacht man in der Regel einmal, aber wenn die Kunden unsere Produkte immer wieder sehen und berühren, bereiten sie auch immer wieder Freude. Dieses Konzept ging voll auf. Die Firma war sehr erfolgreich. Allein unser Klogästebuch verkaufte sich 350.000 Mal. Auch unsere Fundome (Kondome mit Geschmack) für funtasie und fairgnügen waren beliebt.

Sie sind ein großer Wortakrobat. Viele geflügelte Worte gehen auf Sie zurück, wie: Geld spielt keine Rolex, was lacostet die Welt. Was haben Sie damit bezweckt?
Es war meine Art des Ungehorsams und des Widerstandes. Mit Witz und Schalk habe ich für die Freiheit des Wortes gekämpft. Nur verstanden die Firmen keinen Spaß. Es gab 54 Prozesse wegen Markenverhohnepipelung. Von Lufthansa (Lusthansa) bis BMW (Bumms mal wieder), alle zogen vor Gericht. Aber bis auf vier Verfahren habe ich alle gewonnen. Ach ja, und dann war da noch die Geschichte mit dem Smiley-Zeichen. Meine Firma hatte damals eine Smile-Serie aufgelegt und prompt kam aus den USA ein Verbotsantrag. Doch im Prozess überzeugte ich den Richter mit einem Stück Holz, auf dem ein Smile eingewachsen war. Ich argumentierte: Was der liebe Gott so wachsen lässt, kann man nicht schützen. Und so befreite ich das Smiley-Zeichen vom Copyright, und das Zeichen wurde zur Weltsprache.



Der Humorphilosoph, Michael Berger, zeigt den Mächtigen immer noch die Nase. *Foto: Hannes Henkelmann*

Sie besitzen neben drei Museen und Ihrer Humohrkirche auch 96 Sammlungen. Leider sind diese seit einem Jahr, aufgrund der Maßnahmen, nicht mehr für die Öffentlichkeit zugänglich. Was denken Sie über Corona?
Das Virus ist da, aber ob ich so viel Angst davor haben muss, ist doch die große Frage. Und ich habe für mich beschlossen, keine Angst zu haben. Sehen Sie, ich werde in drei Monaten achtzig Jahre alt und versuche gelassen und heiter mit dem Alter und dem Ende umzugehen. Oder um es mit Karl Valentin zu sagen: Ich freue mich, wenn ich sterbe, denn wenn ich mich nicht freue, sterbe ich auch! (Berger lacht)

Sie haben den ersten deutschen Lachclub gegründet und zusammen mit Ihrem Freund Patch Adams, die Klinikclowns nach Europa gebracht. Doch neben dem Humor ist auch die Kunst ein roter Faden in Ihrem Leben. Wie passt das zusammen? Ich dachte immer: Alle Kunst braucht Schmerz?
Wissen Sie, Scherz und Schmerz sind Geschwister. Sie sind die leichte und die ernste Seite der Kunst. Beide sind wichtig. Und Tränen sind immer die Lösung. Beim Weinen und beim Lachen. Denn Tränen, die nicht geweint werden, machen krank. Und deshalb sind die Kunst und der Humor die beste Medizin. Zudem helfen beide einem, in die Klarheit zu kommen. Das ist wichtig. Gerade heutzutage. Denn viele Menschen bewegen sich noch im Nebel. Und um im Bild zu bleiben, die Kanzlerin fährt nur auf Sicht.

Sie sind ein Weggefährte von Joseph Beuys gewesen. Er hat Sie in Ihrem Sein, Denken und Machen stark beeinflusst. Was hätte Beuys wohl zu Corona gesagt?
Als erstes hätte er gelacht. Beuys versuchte nämlich auch immer, über den Humor zur Lösung zu kommen. Die Angst, so wie sie von der Regierung propagiert wird, kann nie die Lösung sein. Die lautet immer Frieden, Freiheit und Freude. Und Beuys hätte vermutlich Sachen gesagt wie: Die Revolution sind wir. Überwindet endlich die Parteiendiktatur. Bewusstseinserweiterung durch Bewusstseinserheiterung und Ich denke sowieso nur mit dem Knie. (Berger lacht). Es ist wie in dem Buch Der Name der Rose. Die Mächtigen fürchten den Humor. Er entlarvt ihr Handeln und nimmt dem Volk die Angst.

Das klingt alles sehr weise. Haben Sie noch weitere, wichtige Erkenntnisse für unsere Leser?
Ja. Erstens, bleiben Sie offen, neugierig und mutig. Denn jeder ist mehr, als er von sich weiß. Zweitens, Sinn, Unsinn, Blödsinn sind kein Widerspruch. Bitte lachen Sie täglich über sich selbst. Das ist einfach gut für die Psychohygiene. Drittens, haben Sie keine Angst vor dem Tod. Viertens, die bedingungslose Liebe ist der Zement, der die Menschheit zusammenhält.

Zum Schluss hätte ich einen Wunsch. Sie haben auch ein großes Repertoire an wunderbaren Bonmots. Können Sie noch mal meine Favoriten, die beiden bezüglich des Alkohols und der Mode, zum Besten geben?
Sicher. Alkohol hilft nur beim Wollen, nicht beim Können. (Berger lacht) Und die Sache mit der Mode fing schon im Paradies an, als Eva ihr Feigenblatt kürzte. (Wir lachen beide laut los).

Briefe an die Redaktion

REVOLUTION IM DENKEN

Dank unseren Strohfrauen und -männern sind wir aufgewacht – Danke! Jetzt werden sie wohl demnächst von ihren Auftraggebern abgefackelt – Berufsrisiko – eben mal durch grüne Frauchens und Männekens ersetzt, bis frische Banker übernehmen. Wenn die so superschnell sind, lasst uns mal langsam machen. Das heißt: denken. Wie soll die Gestalt des menschengerechten Gesellschaftsleibes aussehen, sodass sich darin alle (außer den Macht- und Geldgierigen) wiederfinden? Direkte Demokratie ist ja schon klar, prima, aber was ist mit dem Geld? Bisher hat es noch jede Freiheits- und Demokratiebewegung unter- beziehungsweise weggespült. Für ein menschengemäßes Grundgesetz brauchen wir zeitgemäße Geld- und Wirtschaftsgesetze, was ohne Geldbegriff nicht geht. Wenn die Revolution nicht im Denken stattfindet, können wir die friedliche Evolution in den Wind schreiben. – Gretchen Müller.

Impfkampagne: Ein Perpetuum Mobile zum Gelddrucken

Nach der Covid-Impfung ist vor der Covid-Impfung. | Von Hermann Ploppa

Ende letzten Jahres erstaunte der Chef des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler, mit einer seltsamen Ansage die Zuschauer des öffentlich-rechtlichen Fernsehens: »Also, wir gehen alle davon aus, dass im nächsten Jahr Impfstoffe zugelassen werden. Wir wissen nicht genau, wie die wirken. Wie gut die wirken. Was die bewirken. Aber ich bin sehr optimistisch, dass es Impfstoffe gibt.«



Berlin am 13. April bei der Demonstration gegen das neue Infektionsschutzgesetz. *Foto: Hannes Henkelmann*

Vielleicht haben diese kryptischen Sätze einen tieferen Sinn. Möglicherweise ist es nämlich völlig nebensächlich, gegen was oder gegen wen die Corona-Impfstoffe irgendeine Wirkung entfalten. Auch wird die Durchimpfung der Bevölkerung weder Masken noch Lockdown noch Abstandsgebote beenden. Soviel ist jetzt schon klar. Die Impfungen gegen den angeblich so heimtückischen SARS-Cov-2 richten zudem mehr Schaden an als dass sie Nutzen stiften. Übersterblichkeit hat es nur am Anfang der Pandemie gegeben. Eine Überlastung der Intensivbetten in Deutschland ist schwer zu vermitteln, wenn die Anzahl der Intensivbetten von Juli bis November 2020 von 32.000 auf 28.000 abgebaut wurde. Für März 2021 meldet das Statistische Bundesamt 81.359 Personen, die gestorben sind. Das sind elf Prozent– also 9.714 –Todesfälle weniger als im Mittel der Jahre 2017 bis 2020. Es besteht überhaupt keine Notsituation. Eine Notlage entsteht lediglich durch die gravierenden Impfschäden der Corona-Vakzine, die bereits zu Stopps bei Kampagnen der Produkte von Astrazeneca sowie Johnson und Johnson führten. Die Bundesregierung breitet jetzt noch die Fittiche schützend über ihren Favoriten Biontech aus.

AUSBAU DER PHARMAINDUSTRIE GEHT SCHON SEIT JAHREN

Der massive Ausbau der Pharma- und Impfindustrie wurde bereits festgelegt, bevor eine Pandemie die Nachfrage hätte steigern können: Sanofi und Pfizer haben schon vor Jahren ein Wachstum ihrer Impfsparten um vierzig Prozent zwischen 2017 und 2024 beschlossen. Ähnliche Wachstumsraten sind von Glaxosmithkline und Merck angepeilt worden. Ohne eine forcierte Begleitung dieses Wachstums mit entsprechenden Pandemie-Kampagnen durch Politik, Medien und Wissenschaft kann das ehrgeizige Wachstumsziel nicht erreicht werden. Wachse oder stirb – das ist immer wieder die Parole für Konzerne der biotechnologischen Branche. Deswegen ist auch noch lange nicht Schluss, wenn die Durchimpfung der Bevölkerung erst einmal absolviert ist. Machen wir uns nichts vor. Es bleibt nicht bei einer einmaligen Impfaktion. Die aktuellen Impfungen der mRNA- und Vektorimpfstoffe bergen in sich bereits den Zwang nach weiteren Impfungen. So warnt aktuell der belgische Virologe Geert Vanden Bossche vor langfristigen unliebsamen Folgen der Corona-Impfkampagnen. Vanden Bossche hat die Impfprogramme der Bill Gates-Stiftung und der Impfallianz GAVI wissenschaftlich begleitet. Er warnt aktuell die Öffentlichkeit, dass die Corona-Impfstoffe eine Unterdrükkung der körpereigenen Immunabwehr bewirken. Er benutzt ein Bild aus der Computerwelt: »Die Impfungen installieren eine neue Software auf Ihrem Computer. Dadurch wird die körpereigene Immunität vollkommen umgangen und abgeschaltet.« Zudem sei die neue Software der Impfstoffe nicht in der Lage, sich auf Mutanten des Corona-Virus einzustellen. Die Geimpften sind offen wie ein Scheunentor für die neuen Virus-Varianten. Ist das den Entwicklern der aktuellen Corona-Impfstoffe nicht bekannt? Vermutlich schon. Denn Merkels Corona-Astrologe Christian Drosten hat für den Herbst bereits Zusatzimpfungen für die bereits Geimpften in seiner Glaskugel erblickt. Biontech entwickelt exakt eine solche dritte Impfdosis. Und Anja Karliczek, ihres Zeichens Bundesministerin für Bildung und Forschung, fordert in Erwartung langfristiger Impfkonjunktur bereits die dauerhafte Einrichtung einer Agentur für die Entwicklung neuer Impfstoffe.

ABHÄNGIG VON DER NÄCHSTEN IMPFUNG?

Dass die verabreichten Impfstoffe gegenüber Virusmutationen in keiner Weise schützen, hat jetzt ein Reihenversuch in Israel nachgewiesen. Verglichen wurden 400 Covid-19-erkrankte Personen, die mit dem Biontech-Vakzin geimpft wurden, mit 400 ebenfalls Covid-19-erkrankten Personen, die nicht geimpft wurden. Die Geimpften erkrankten achtmal häufiger an der neuen südafrikanischen Mutante B.1.351 als die nicht geimpften Probanden. »Das bedeutet, dass die südafrikanische Variante gewissermaßen den Schutzschirm des Impfstoffes durchbricht«, kommentiert Versuchsleiter Adi Stern von der Universität Tel Aviv. Oder soll man eben doch im Sinne des Virologen Vanden Bossche etwas deutlicher sagen: Die neuen Varianten sind locker durchmarschiert, weil es überhaupt keinen Schutz mehr gibt? Womöglich gar nicht geben soll?

Soviel ist jedoch klar: Wer sich jetzt impfen lässt, läuft nicht nur Gefahr, sich Thrombosen zuzuziehen. Der zuvor kerngesunde Geimpfte hat ohne erkennbare Not seine körpereigene Immunabwehr im Impfzentrum abgegeben. Er muss von jetzt ab für sein restliches Leben immer wieder neue Impfungen für immer neue Virusmutationen einkaufen. Wie ein Heroinabhängiger, der ohne immer neue Injektionen schwerste Krisen durchmacht. Die Pharmaproduktion gründet zu einem wesentlichen Teil auf dem Prinzip, körpereigene Funktionen stillzulegen und durch die Einführung von körperfremden Präparaten diese Funktionen eher schlecht als recht zu ersetzen.

PHARMAHERSTELLER ALS OPIUM-DEALER

Bisweilen werden die Pharmahersteller sogar ganz ungeniert zu Dealern von Suchtmitteln. Unter vielen anderen war der jetzige Corona-Impfstoffanbieter Johnson und Johnson verwickelt in eines der größten Menschheitsverbrechen der letzten Jahrzehnte. Die Rede ist von der Opioid-Krise in den USA. In den 1920er Jahren hatte der Merck-Konzern in Deutschland eine synthetische Opium-Variante mit Namen Eukodal auf den Markt gebracht. Eukodal erlebte in den USA ein makabres Comeback unter dem Namen Oxycontin – anderer Name: Oxycodon. Clevere Pharmavertreter überredeten die Ärzte, Oxycontin auch schon bei leichteren Schmerzen zu verschreiben. Der Staat schaute dem Treiben untätig bis wohlwollend zu. Irgendwann waren über zweieinhalb Millionen Menschen in den USA Oxycontin-süchtig. Eltern vernachlässigten ihre Kinder. Nachbarschaften verloren ihren Zusammenhalt. Es kam zu Szenen, die die Sargparaden von Bergamo weit in den Schatten stellten: »Vielerorts können Notärzte nicht mehr schnell genug auf die Vielzahl an Anrufen reagieren; in Ohio müssen die Opfer einer Überdosis inzwischen immer wieder in gekühlten Wohnwagen gelagert werden, weil die Leichenhallen überfüllt sind.« Von einem Notstandsregime war bei dieser ganz realen Katastrophe nie die Rede. Insgesamt starben vor noch gar nicht so langer Zeit in den USA 400.000 Menschen an einer Überdosis von Opioiden.

Das Herstellen einer Abhängigkeit von pharmazeutischen Produkten ist also durchaus integraler Bestandteil des gerade an uns verübten Geschäftsmodells. Dass hier humanistische Motive eine Rolle spielen, ist ausgeschlossen. Von Freiheit der Impfentscheidung kann unter solchen Umständen auch nicht länger gesprochen werden. Denn ähnlich wie bei der Opioid-Katastrophe in den USA ist der Schaden durch die Corona-Impfungen für die Gesellschaft gigantisch. Humanitäre Katastrophen sind vorprogrammiert. Der verantwortungslose und kriminelle Impfwahnsinn muss sofort gestoppt werden. Unconditional Surrender – bedingungslose Kapitulation!



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

TROTZ CORONA: REKORD-DIVIDENDEN BEI MERCEDES

DW/Stuttgart. Während die Renten dieses Jahr trotz weiter steigender Preise eine Nullrunde einlegen, werden beim Autobauer Mercedes-Benz noch höhere Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet als letztes Jahr. Es gibt 1,35 Euro auf jede Benz-Aktie (2020 waren es 0,90 Euro pro Aktie). Das macht insgesamt 1,4 Milliarden Euro Ausschüttung an Dividenden. Mercedes-Vorstandschef Ola Källenius begründete das damit, der Stuttgarter Automobilkonzern müsse auch zukünftig für Aktionäre attraktiv bleiben. Die fürstliche Ausschüttung fand nicht allerorten ungeteilte Zustimmung. Denn Mercedes-Benz profitiert von staatlichen Zuschüssen in Form von Kaufprämien auf Elektroautos in Höhe von mindestens 6.000 Euro. Zudem haben die Sozialkassen im letzten Jahr insgesamt 700 Millionen Euro Kurzarbeitergeld an die Benz-Arbeiter ausgezahlt. (hp)

ANSCHLAG AUF ZEITUNGSDRUCKEREI

DW/Hongkong. Vier unbekannte Personen drangen in den frühen Morgenstunden des 12. April in die Druckerei der Hongkonger Ausgabe der Epoch Times ein und beschädigten mit zwei großen Vorschlaghammern Computer und Druckmaschinen. Der Angriff wird dabei als der jüngste Versuch der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) gewertet, das unabhängige Medienunternehmen zum Schweigen zu bringen. (sma)

MEHR US-TRUPPEN FÜR DIE BRD

DW/Berlin. Die USA wollen 500 zusätzliche Soldaten in Deutschland stationieren. Das teilte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin am vergangenen Dienstag nach einem Treffen mit seiner Amtskollegin Annegret Kramp-Karrenbauer in Berlin mit. Für Austin ist es der erste Besuch in Deutschland. Die Soldaten sollen im Raum Wiesbaden stationiert werden.

Da die großen Plattformen wie youtube, facebook und google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu
miloszmatuschek.substack.com

*Diese »**Banken**« schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten. In der vergangenen Woche sperrte auch die Penta Bank ohne Vorwarnung vorübergehend unser Konto.*







EU-Rentenpläne: Angriff der Finanzwirtschaft gegen die Alten

Brüssel will das Rentenalter hinaufsetzen und die gesetzlichen Garantien ausdünnen. | Von Hermann Ploppa

Ehrlich: Haben Sie Lust, bis zu Ihrem 74. Lebensjahr in der Fabrik oder im Büro zu schuften?

Nun gut, wenn jemand Spaß an der Arbeit hat und es ihm nichts ausmacht, soll das kein Problem sein. Das trifft aber leider nur für sehr wenige Menschen zu. Von gutem Betriebsklima oder zufriedenen Mitarbeitern spricht heute keiner mehr. Der Arbeitsdruck hat extrem zugenommen und die Gratifikationen sind auf null gefahren. Fünfzigjährige träumen angesichts von Arbeitsdruck, Mobbing und Corona-Wahnsinn oft nur noch von einer möglichst raschen Frühverrentung. Viele Kollegen fragen sich, ob sie das Rentenalter überhaupt noch erreichen, und wenn ja, in welchem körperlichen und geistigen Zustand? Sie haben gedacht, das mit den 74 Jahren Renteneintrittsalter ist ein Witz? Schauen Sie nach Dänemark. Die Dänen sollen in einigen Jahren bis zu jenem fortgeschrittenen Seniorenalter schuften gehen.

BRÜSSEL IST UNSERE GESICHTSLOSE ÜBER-REGIERUNG

Nun, Dänemark ist kein Einzelfall. Wir wissen ja: Alles Gute kommt aus Brüssel von der Europäischen Kommission. Von unserer gesichtslosen Über-Regierung. Die hat jetzt in einem sogenannten Grünbuch die Grundzüge zukünftiger Rentenpolitik vorgegeben. Wir finden in dem Grünbuch viel wohlklingendes Gesülze darüber, dass die Generationen zusammenwirken sollen und wie wertvoll doch die Erfahrung der Alten für die Jungen ist. Um dann zum eigentlichen Anliegen zu kommen: Die Lebenserwartung ist in den letzten fünfzig Jahren um zehn Jahre angestiegen; es gibt mehr Alte als früher, und damit hat sich auch ein »silberner« Markt entwickelt. Für die Silberhaarigen arbeiten viele Junge, Alte und Immigranten zu niedrigen Löhnen oder ehrenamtlich. Und wenn wir uns den Lebensstandard für Senioren, den wir jetzt haben, auch noch im Jahre 2070 genehmigen wollen, dann muss nun einmal leider das Rentenalter auf über siebzig angehoben werden. Es kann nicht angehen, dass sich immer mehr Rentner auf den Schultern von immer weniger jungen Erwerbstätigen ein lustiges Leben machen. Wieder einmal ist die Rede von der sogenannten »Generationengerechtigkeit«.

ÖFFENTLICHE, VERSORGUNGSKASSEN SOLLEN ZERSCHLAGEN WERDEN

Die Autoren des Grünbuchs leben scheinbar in einer wirklichkeitsresistenten Filterblase. Sie berücksichtigen nicht die Alarmrufe der gesetzlichen Krankenkassen wegen der beunruhigenden Zunahme psychosomatischer Erkrankungen. Sie können natürlich auch noch nicht die immensen Zerstörungen von Arbeitsplätzen durch das Corona-Regime auf dem Schirm haben. Doch hinter der vermeintlichen Realitätsferne des Grünbuchs versteckt sich ein perfides Kalkül. Denn die Einflüsterer der EU-Bürokraten sind Lobbyisten von Banken, privaten Versicherungen und Investmentfonds. Immer noch sind die öffentlich-rechtlichen Kranken- und Rentenversicherungen die größten Akteure auf dem Markt für Daseinsvorsorge. Sie arbeiten nach dem Umlageprinzip.

Das heißt: Die jetzt Arbeitenden bezahlen die Renten. Das ist gerecht. Denn die jetzt Jungen sind später alt, und dann werden die dann Jungen die Rente erwirtschaften. Das ist echte Generationen-Solidarität. Wenn es dann ein Finanzierungsloch gibt, schießt der Staat Geld hinzu. Die Renten sind garantiert, weil das Geld nicht an einem Finanzmarkt mit Risiko angelegt wird. Das ärgert die Finanzmärkte. Denn dieses Riesenkapital ist den Finanzspekulanten versperrt. Schon seit etwa drei Jahrzehnten arbeiten diskrete Herren und Damen scheibchenweise an der Zerschlagung der öffentlichen, nicht profitorientierten Versorgungskassen. Die Regierung Schröder/Fischer hat den angehenden Rentnern die sogenannte Riester-Rente angedreht – eine Zusatzrentenversicherung, die kapitalgedeckt ist. Das war ein großer Schwindel, und ein großer Teil der Riester-Rente ist jetzt schon »verbrannt«.

RENTENKASSE WIRD IMMER WIEDER GEPLÜNDERT

Doch die Regierungen in den EU-Ländern kürzen immer weiter die Rentenleistungen. Und immer wieder greifen die Regierungen Gelder aus der gesetzlichen Rentenkasse für andere Zwecke ab, zum Beispiel für die deutsche Wiedervereinigung. So kommt es, dass heute sage und schreibe zwanzig Prozent der deutschen Rentner unterhalb der Armutsgrenze vegetieren und der Anblick von in Mülltonnen stöbernden Senioren keine Seltenheit mehr ist.

Da der Widerstand gegen eine vollständige Abschaffung der umlagenfinanzierten Rentenkassen noch zu groß ist, werden stattdessen die Rentenzahlungen weiter gekürzt. Für dieses Jahr gibt es bei den westdeutschen Rentnern Corona-bedingt keine Rentenerhöhungen, trotz deutlich gestiegener Lebensmittelpreise. Doch keine Angst, sagen die Eurokraten: wir kommen jetzt mit der Euro-Rente. In ganz Europa soll ab diesem Jahr eine Zusatzrente angeboten werden, das sogenannte Paneuropäische Persönliche Pensionsprodukt (PEPP). Merke: Jede bürokratische Ausdünstung nennt man heutzutage »Produkt«. Die Einnahmen der PEPP werden an den Finanzmärkten angelegt. Man kann ganz unterschiedliche, eben persönlich konfektionierte »Produkte« buchen.

Wer Angst vor Risiko hat, kann sichere Policen abschließen, bekommt dafür aber unter dem Strich nachher weniger heraus als er eingezahlt hat. Je risikofreudiger, desto mehr Geld gibt es am Lebensabend ausgezahlt – wenn die Anleger schlau gezockt haben. Im Expertenrat der EU-Aufsichtsbehörde EIOPA sitzen jede Menge Leute von privaten Versicherungsunternehmen wie zum Beispiel der Allianz. Die uns allen wohlbekannte Unternehmensberatung Ernst & Young rechnet damit, dass die neu erschlossenen privatisierten Versicherungsmärkte etwa 2,1 Billionen Euro absaugen werden. Damit Europa den Spekulanten voll erschlossen wird, sorgt die EU für den Ausbau der sogenannten Kapitalmarktunion. Das Vorbild für solche Dystopien sind wieder einmal die USA. Dort gibt es de facto nur kapitaldeckende private Rentenkassen. Nach der Bankenkrise 2008 waren die Renten verdampft. Senioren mussten bei Walmart Regale befüllen, um zu überleben.

Seniorenaufstand gegen Rentenklau

Eine europaweite Bewegung zur Verteidigung der öffentlichen Rentenkassen

Die Proteste gegen die schrittweise Zermürbung unserer umlagenfinanzierten Rentenkassen sind augenblicklich noch überschaubar. Doch die Initiative Seniorenaufstand aus Deutschland und die spanische Initiative Coordinadora Estatal por la Defensa del Sistema Publico de Pensiones (COESPE) machen jetzt den Anfang für eine europaweite Bewegung zur Verteidigung der öffentlichen Rentenkassen. Der Seniorenaufstand geht hervor aus gewerkschaftlichen Aktivitäten und ist vornehmlich im norddeutschen Raum präsent. In der aktuellen Erklärung des Seniorenaufstands heißt es unter andrem: »Wir verfolgen mit Sympathie den Widerstand gerade der Jugend, die sich in den letzten Wochen in Griechenland, in Spanien, in Frankreich und anderen Ländern, in Demonstrationen einen Weg gebahnt hat, gegen den Absturz ins Prekariat mit Hungerschlangen, gegen die ‚Home-Uni' die einen Hörsaal nicht ersetzen kann. Dieser Widerstand bricht sich Bahn trotz autoritärer Maßnahmen der Regierungen, die die Pandemie missbrauchen und mit Sondergesetzen usw. sozialen Widerstand unterbinden wollen. Die Jugend ist die Zukunft, wir sind an ihrer Seite und teilen ihre Wut! Wir sind gegen die Prekarisierung von Jung und Alt.« (hp)


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

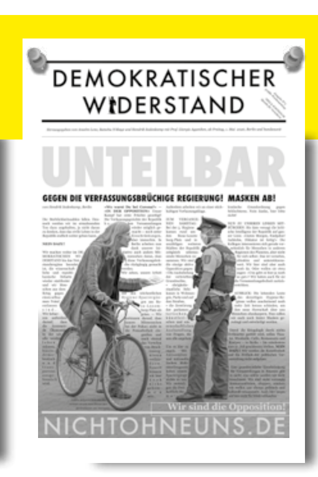
Wir sind die Opposition!

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Nein.

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

UNTEILBAR

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Corona ist nicht das Problem!

Es ist der Zusammensturz des Finanzmarktkapitalismus.

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Ja!

Republik, Gewaltenteilung, Demokratie.

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Ahoi, Corona-Kapitäne!

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Sommer der Demokratie

Aufklärung, Wahlen, Republik!

NICHTOHNEUNS.DE

Zum Geburtstag
Ein Jahr Demokratischer Widerstand

Eine Analyse des Zeitungswunders | Von Prof. Michael Meyen

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand ist ein Kind der Leitmedien und des Drucks, den das Wahrheitsregime auf alle Herausforderer im Kampf um Deutungshoheit ausübt. Dass dieses Kind jetzt ein Jahr alt wird, ist für Redaktion, Sponsoren und Fans ein Anlass anzustoßen (Glückwunsch und Prost!), für den traditionellen Journalismus aber ein Menetekel. Achtung: Ihr verliert euer Publikum! Mehr noch: Dieses Publikum schreibt seine Zeitung künftig selbst! Anders formuliert: Wenn alle zufrieden sind mit dem, was in der Arena der Leitmedien diskutiert wird, hat niemand einen Grund, seinen Platz auf der Tribüne zu verlassen und selbst Themen oder Positionen in der Öffentlichkeit zu platzieren. Das war in der Bundesrepublik der 1970er Jahre nicht anders als in der späten DDR.

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand ist trotzdem keine Wiedergängerin der *taz* (gegründet 1979 als Krönung einer Alternativpressebewegung, die im deutschen Herbst wurzelte, im Kampf gegen den Atomtod und gegen Springer sowie in allem, was sonst so diskutiert wurde nach »68«) und auch keine Kopie der Oppositionsblätter, die in ostdeutschen Kirchenkellern hektografiert wurden. Print ist eigentlich längst tot. Alle sind inzwischen online. Die Werbung, die meisten Verlage und vor allem die Jugend, die keine Zeitungen mehr liest und schon gar keine mehr kauft. Das fordert einen Medienforscher wie mich heraus. Wie ist es möglich, gegen alle Trends und Wahrscheinlichkeiten eine gedruckte Wochenzeitung zu etablieren und damit auch noch Erfolg zu haben?

VERSTÄNDIGUNG, AUSGLEICH UND GESELLSCHAFTLICHER FRIEDEN

Antwort eins: Die Leitmedien sind schuld. Die Leitmedien erfüllen den Auftrag Öffentlichkeit nicht und schaffen so Raum für einen Konkurrenten wie die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand. Der Auftrag Öffentlichkeit wurzelt im Pluralismusmodell: In der Gesellschaft gibt es viele Meinungen und Interessen, die prinzipiell gleichberechtigt sind (die Interessen von Einzelpersonen und Außenseitern genauso wie die Interessen, die in Parteien oder Verbänden organisiert sind). Verständigung, Ausgleich und gesellschaftlicher Frieden sind nur möglich, wenn all diese Interessen in den Leitmedien gehört werden, ohne dass die (Ab-)Wertung gleich mitgeliefert wird. Leitmedien sind dabei solche Angebote, die auf dem Tisch von Entscheidungsträgern landen und dort genau wie in der Bevölkerung symbolische Gewalt entfalten, weil wir unterstellen müssen, dass andere sie ebenfalls wahrnehmen und ihr Verhalten entsprechend ausrichten. Auf eine Formel gebracht: Was nicht in den Leitmedien erscheint oder was dort nicht als legitim markiert wird, das existiert nicht (egal ob Themen, Personen oder Positionen).

Wir alle wissen, was die großen Tages- und Wochenblätter oder die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus der Bewegung gemacht haben, die die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand hervorgebracht hat. Ich wiederhole hier nur die Schlagworte. Corona-Leugner, Covidioten, Corona-Schwurbler, Verschwörungstheoretiker, Rechtsextremisten, Antisemiten, Reichsbürger. Wer je auf einer der Demos war oder sich sonst irgendwie engagiert hat, kennt eine Wirklichkeit, die mit dieser Medienrealität allenfalls entfernt verwandt ist. Diese Menschen brauchen einen Ort, an dem sie diskutieren können, was sie umtreibt, und Input finden. Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand ist so ein Ort.

MEINUNGSFREIHEIT UND DIE GRUNDFESTEN DES JOURNALISMUS

Antwort zwei: Das Internet ist zwar unendlich groß, aber schon lange nicht mehr frei. Die gleichen Kräfte, die die Leitmedien gekapert haben (etwas verkürzt: Politik, Behörden, Wirtschaft und Moral), setzen alle unter Druck, die das Corona-Wahrheitsregime in Frage stellen. Es gibt längst Planspiele für ein »Cyber 9/11«, die das Netz mit einem »feindlichen Waffensystem« gleichsetzen. In manchen Ländern belässt man es nicht bei der Planung. Yoweri Museveni, seit 1986 (!) Ugandas Präsident, sperrte vor und nach der Wahl im Februar 2016 für ein paar Tage Facebook, Twitter und WhatsApp und bei der nächsten Wahl im Januar 2021 dann auch die Webseite seines Herausforderers Bobi Wine. Unruhen verhindern, na klar.

Afrika ist heute überall. In Deutschland kündigen Banken Netzmedien-Betreibern die Konten. Fundraising-Dienstleister wie Steady beenden die Zusammenarbeit, wenn ihnen die Inhalte nicht mehr passen. Youtube blokkiert und löscht Kanäle oder einzelne Videos. Wer auf den »falschen« Seiten auftritt oder publiziert, wird mit Kontaktschuld-Vorwürfen überzogen und oft genug zum Kotau gezwungen. Und die Landesmedienanstalten werfen Onlineanbietern wie KenFM vor, gegen »journalistische Regeln« verstoßen zu haben (was immer damit genau gemeint sein mag), und drohen mit Sanktionen. Die Leitmedien klatschen zu alldem Beifall oder schweigen – genau wie bei Julian Assange, obwohl es hier wie dort um Meinungsfreiheit geht und um die Grundfesten des Journalismus.

GESELLSCHAFT BRAUCHT UNABHÄNGIGE KANÄLE

Antwort drei liegt deshalb auf der Hand. Wenn die etablierten Redaktionen mit Regierungen und Lobbyisten kungeln und wenn Ressourcen und Macht entscheiden, was in den Leitmedien veröffentlicht wird und was nicht, dann braucht die Gesellschaft Kanäle, die unabhängig von solchen Rücksichten funktionieren. Das können Plattformen im Internet sein (unglaublich, was sich dort an Qualität entwickelt), Schulungszentren oder eine Wochenzeitung wie der Demokratische Widerstand. Das klingt schon fast nach einem Schlusswort, abzuschließen mit einer Grußformel. »Ad multos annos – auf viele Jahre« vielleicht. Ich wünsche mir aber eher, dass sich dieses Projekt eines Tages selbst abschafft und die Redaktion wieder etwas anderes machen kann. Denn dann würden Journalismus und Leitmedien endlich das liefern, was sie in Sonntagsreden versprechen und wofür wir sie bezahlen.

Über den Autor: Michael Meyen, Prof. Dr., Jahrgang 1967, studierte an der Sektion Journalistik und hat dann in Leipzig alle akademischen Stationen durchlaufen: Diplom (1992), Promotion (1995), Habilitation (2001). Parallel arbeitete er als Journalist (MDR info, Leipziger Volkszeitung, Freie Presse). Seit 2002 ist Meyen Professor am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der LMU München. Seine Forschungsschwerpunkte sind Medienrealitäten, Kommunikations- und Fachgeschichte sowie Journalismus.


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Ich klage an…!

NACH DER CORONA-LÜGE: JETZT KOMMEN WIR!

Wir sind die Opposition!

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER Sommer

DIE REGIERUNG FLIEGT!

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DAS ENDE DER PANDEMIE!

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Liebe Kinder,

DIE MASKEN SIND QUATSCH. DIE REGIERUNG HAT ALLE ANGELOGEN.

WIR HABEN ABGEMELDET

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

»ES LEBE UNSERE NEUE BUNDESREPUBLIK!«

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

MASKEN AB!

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

HIER ist die DEMOKRATIE!

NICHTOHNEUNS.DE








Kein Glückwunsch

Ein INTERVIEW *mit dem Corona-Virus*

Von Ulli Gellermann

Für den Demokratischen Widerstand (DW) führte Uli Gellermann zum Einjährigen der Zeitung ein Gespräch mit dem Corona-Virus.

DW: Guten Tag, Herr Virus, wie soll ich Sie anreden?

C: Am besten mit Eure Krankheit.

Was halten Eure Krankheit denn von der Zeitung des Demokratischen Widerstands?

Die ist für mich völlig ungesund, die Zeitung nimmt mich einfach nicht so ernst wie die anderen Medien, die glauben alle an meine fürchterliche Gefährlichkeit und ihre Konsumenten glauben das dann auch, und nur diese innige Gläubigkeit hält meinen schrecklichen Ruf prima am Leben.

Eure Krankheit sind also gar nicht wirklich gefährlich?

Doch, für die Demokratie, für die Psyche und auch den Verstand. Erst bringt die Todesangst meine Gläubigen um den Verstand, dann verlieren sie das Gefühl für ihre Mitmenschen und schließlich lassen sie Merkel und Spahn machen, was die wollen. Und die sperren die Bürger ein, verbieten alles, was Sinn und Freude macht, lassen die kleinen und mittleren Unternehmen kaputtgehen und mästen mit den Resten der Kleinen die Großen.

Wollen Eure Krankheit denn das Land komplett übernehmen?

Hab ich doch schon. Was lesen die Leser: Corona! Was sehen die Zuschauer? Corona! Was trägt man im Gesicht? Corona-Masken! Ich bin nicht nur in aller Munde, ich bin auch auf allen Mündern. Meine Untertanen machen nicht mehr den Mund auf, nur noch den Arm frei.

Impfen macht frei?

Jedenfalls sollen das die Insassen meines Hygiene-Lagers glauben. In Deutschland gab es schon mal ein Lager namens Auschwitz, da stand über dem Eingang des KZ Arbeit macht frei, natürlich war das nicht der Weg in die Freiheit, sondern der Weg in den Tod …

Wollen Sie etwa sagen, Impfen brächte den Tod?

Nun, die ersten Impftoten gibt es schon. Und wer glaubt, das Impfen würde die Gleichschaltung der Medien ändern, wer glaubt, nach dem Impfen würde das Grundgesetz wieder gelten, der glaubt auch, dass Frau Merkel eine Demokratin ist, das ist dann wirklich krank.

Eure Krankheit, was könnte denn unser Land gesunden lassen?

Sind Sie verrückt? Ich will kein gesundes Land, dann würde ich keine Rolle mehr spielen.

Aber Eure Krankheit! Was haben Sie denn davon, wenn die Wirtschaft im Ergebnis der Virus-Maßnahmen kaputtgeht?

Mir ist das scheißegal. Aber meine Spezis in der Pharma-Industrie bleiben doch auf Ihren Impfdosen sitzen, wenn ich keine Rolle mehr spielen würde! Die brauchen dringend die nächste, die übernächste und die überübernächste Welle, damit die wieder neue Impfstoffe entwickeln und verkaufen können. So geht Wirtschaft!

Also, Sie wollen dem Demokratischen Widerstand nicht zum einjährigen Bestehen gratulieren?

Soll ich meinen Feind lieben?

Wir danken Ihnen für das Gespräch, bleiben Sie krank.



Leser der Zeitung am Nord-Ostseekanal bei Rendsburg. Foto: Hannes Henkelmann



Der Zeitungsstand von Sibylle, Martin und Söhne: Das Zeitungswunder wäre ohne ehrenamtliche Verteiler nicht möglich. Foto: DW/Antonulas











DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

CORONA – GEHT IN DIE VERLÄNGERUNG

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

SIE LÜGEN WIE GEDRUCKT. WIR DRUCKEN, WESHALB SIE LÜGEN.

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DER COVID-WAHNSINN – GESUNDHEIT SIEHT ANDERS AUS

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

CORONA – DEMOKRATIE

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

IMPERIALE GRUNDGESETZLEUGNER

Im Angriff auf die Menschen der Welt

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

VÖLLIGER VERTRAUENSVERLUST: STAAT, PARTEIEN, MEDIEN

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

NEIN.

NICHTOHNEUNS.DE

Widerstand voran!

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum: Der Demokratische Widerstand ist jetzt ein Jahr alt. Wo wäre das Land ohne ihn? | Von Ullrich Mies

Riesendank und Hochachtung an die Gründer der Wochenzeitung »Demokratischer Widerstand« Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp. Dieser Dank gilt selbstverständlich auch dem Kernteam unter Leitung von Sophia-Maria Antonulas.

Wo wäre das Land ohne die »Querdenken«-Bewegung, ohne die zahllosen Demokratinnen und Demokraten, die unermüdlich zur Wiederherstellung der den Deutschen geraubten verfassungsmäßigen Rechte auf die Straße gehen und demonstrieren? Wie erginge es vielen Menschen ohne die mutigen »Ärzte für Aufklärung«, »Anwälte für Aufklärung«, die Öffentlichkeitsarbeit der »Stiftung Corona-Ausschuss«? Wo wäre das Land ohne den Kampf der zahllosen Berufsgruppen, die sich gegen den *Lockdown*-Terror in Stellung bringen?

KÄMPFERINNEN UND KÄMPFER GEGEN DAS »RADIKAL BÖSE«

Sie alle arbeiten unermüdlich gegen die anschwellende Flut eines neuen Faschismus, einer außer Rand und Band geratenen, korrupten politischen Klasse sowie Exekutive und gegen deren opportunistische parlamentarische Hilfstruppen im Bund und den Ländern. Unter dem Deckmantel einer Virusbekämpfung verfolgen sie völlig andere Ziele, ganz im Sinne ihrer Auftraggeber, der Finanzelite.

Ohne diesen Widerstand gäbe es keine Hoffnung mehr, kein Licht am Horizont, nur noch Dunkelheit. Dieser Widerstand sind die Kämpferinnen und Kämpfer gegen das »radikal Böse« (Hannah Arendt). Die Schockstarre, in die die Merkel-Faschisten das Land versetzt haben, droht uns nun zu erstikken. Auch wenn das viele nicht wahrhaben wollen: Die Merkelherrschaft weist Parallelen zum Hitlerfaschismus auf.

Der maßgebliche Unterschied ist, dass der Staatsumbau nur sehr viel subtiler, indirekter, dafür aber nicht weniger verbrecherisch verläuft. Während sich die Zerstörungs- und Vernichtungsexzesse der Hitler-Verbrecher gegen spezifische Bevölkerungsgruppen richteten, geht das Merkel-Regime insofern darüber hinaus, als es nun einen totalen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt.



Im Druck: Mittlerweile sind mehr als 10 Millionen Exemplare in der Welt. *Foto: DW/Lenz*

Dieser manifestiert sich unter anderem durch:

- offene Käfighaltung für alle,
- Terror gegen Kinder,
- Terror gegen spezifische Berufsgruppen,
- systematische Ausweitung des Schuldenregimes,
- nicht getestete Impfstoffe, die auf die Bevölkerung losgelassen werden,
- Terror gegen alle beruflichen Fachgruppen, die sich dem Corona-Regime widersetzen,
- bösartige Ignoranz gegenüber der Expertise internationaler medizinischer Kapazitäten, die genötigt, drangsaliert und aus ihren Berufen gedrängt werden,
- die planvolle Zerstörung der klein- und mittelteiligen Wirtschaft.

Und was den planvollen Vernichtungsterror anbelangt, so sei den Merkel-Fascho-Fans im Bundeskanzleramt, im Innen- und Gesundheitsministerium und ihren wissenschaftlichen Zuträger-Nutten gesagt: Wer Millionen Existenzen durch fortgesetzte und durch nichts zu rechtfertigende Lockdowns absichtlich abräumt, exekutiert die »saubere«, »klinisch reine Variante« des Massenmords durch Verelendung, Auszehrung und Verzweiflung.

SCHEIN-LINKE ALS GEBURTSHELFER DER MERKEL-PUTSCHISTEN

Notverordnungen, Ermächtigungsgesetze und der »Ausnahmezustand« waren stets die Startschüsse für die anschließende Diktatur. Die Merkel-Regierung mutierte im März 2020 zum Putschisten-Regime wider »Einigkeit und Recht und Freiheit« und eskaliert ihre Terrorherrschaft im Wochentakt. Als neuerliche Eskalation des Terrors kommt nun eine abermalige und wie zu erwarten noch repressivere »Novellierung« des Infektionsschutzgesetzes, die alle Züge organisierter Regierungskriminalität aufweist. Ziel ist die Zentralisierung von Macht unter Ausschaltung des Subsidiaritätprinzips. Damit bekommt das Putschisten-Regime den Infektions-Inzidenz-Schlüssel vollends in die Hand, um wahllos, manipulativ und diktatorisch das Land in die permanente Lockdown-Hölle zu schicken.

Aber der Irrsinn geht planvoll weiter, denn als beabsichtigte Folge der Lockdowns werden auch die Lieferketten im eigenen Land systematisch zerstört. Schon bald kann es dazu kommen, dass die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern nicht mehr gewährleistet ist. Die Deutschen Wirtschaftsnachrichten schreiben am 9. April 2021: »Die Lieferketten werden offenbar Stück für Stück geschädigt und zerschlagen. Wie sich der anstehende neue harte Lockdown auf die Lieferketten auswirken wird, bleibt abzuwarten. Doch die Lage in diversen Branchen ist schlecht.«

Als beispiellose historische Katastrophe muss der Schulterschluss zwischen reaktionär-totalitärem Merkel-Regime und einer »Linken« gesehen werden, die alles Linke, alles Widerständige oder gar Revolutionäre von sich geworfen hat. Diese Schein-Linke hat sich vom Kampf gegen die Reaktion »befreit«, gleichsam »enthistorisiert« und im Wege eines »historischen Komplotts« zur Beistandskraft der Merkel-Putschisten gemacht: Der neue Faschismus hat die kollabierte Linke zum Geburtshelfer.

Ullrich Mies ist Sozial- und Politikwissenschaftler sowie Autor zahlreicher Bücher zu den Themen Demokratieabbau, Staatsterrorismus, Neoliberalismus und organisierte Friedlosigkeit. 2020 erschien sein Buch »MegaManipulation: Ideologische Konditionierung in der Fassadendemokratie« im Rubikon Verlag.


…RATISCHER …RSTAND

…iebe

…NEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

»Eine Zensur findet nicht statt« §

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Grundgesetzleugner

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Frühling

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DER SIEG DER DEMOKRATIEBEWEGUNG WIRD UMFASSEND SEIN!

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DEUTSCHLAND STEHT AUF!

NICHTOHNEUNS.DE


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

REVOLUTION

NICHTOHNEUNS.DE

Schuss ins Knie vom RKI

»Wenn unter den Getesteten nur wenige Personen tatsächlich infiziert sind, dann sind positive Testresultate unzuverlässig.« | Von Markus Fiedler

Das Robert-Koch-Institut (RKI) dient zur Seuchen- und Medikamentenüberwachung und hat hier eigentlich einen klaren Auftrag: Schutz der Bevölkerung. Was den meisten unbekannt ist: Das RKI ist dem Gesundheitsministerium unterstellt.

Es ist, wie das Paul-Ehrlich-Institut auch, ganz eindeutig nach Art. 87 Abs. 3 Satz 1 GG weisungsgebunden. Daher offenbart sich in Veröffentlichungen der selbstständigen Bundesbehörden nicht selten eine politische Agenda. In der jüngeren Vergangenheit tauchten auch immer wieder Vorwürfe auf, dass das RKI eine viel zu starke Nähe zu Pharmakonzernen hat. Das kollidiert insgesamt massiv mit den Regeln zum naturwissenschaftlichen Arbeiten und mit dem Auftrag des Bevölkerungsschutzes. Besonders auch wegen der unrühmlichen Geschichte des RKI im NS-Regime erwartet man da eigentlich mehr Sensibilität.

Und das RKI ist heute wieder einmal als zentrale Instanz bei der ausgerufenen Pandemie mit dabei. Es werden derzeit nur vorläufig zugelassene Impfstoffe massenweise an die Bevölkerung verimpft. Das RKI liefert die Fallzahlen angeblich Infizierter als Begründung der Maßnahmen. Aus den zahlreichen Rückmeldungen an einfachen bis schwersten Nebenwirkungen – derzeit europaweit insgesamt 138.321 »Verdachtsfälle« bei BioNtech und 163.852 bei Astrazeneca – erkennt man, dass diese Impfstoffe alles andere als ausgereift sind. Und die mit den Impfungen in zeitlichen Zusammenhang gebrachten Todesfälle steigen stetig, derzeit rund 6000. Es ist ein groß angelegtes Experiment, bei dem die Geimpften gezielt nicht über die Risiken informiert werden.

Eine dieser sicherlich auch politisch motivierten Veröffentlichungen des RKI machte zuletzt die Runde. Es handelt sich um ein PDF-Dokument mit dem Titel: »Corona-Schnelltest-Ergebnisse verstehen«, den man sich hier beim RKI herunterladen kann https://tinyurl.com/dw44-rki. Unklar ist die Intention der Verfasser. Die darin veröffentlichten Zahlen sprechen aber eine ganz eigene Sprache. Hier war jemand erschütternd ehrlich, was man sonst aus der Politik nicht gewohnt ist.

ZAHLEN LÜGEN NICHT – AUCH WENN MAN SICH NOCH SO SEHR DARUM BEMÜHT

Im Text des RKI steht: »Ein negatives Testergebnis schließt eine Sars-Cov-2-Infektion nicht aus und ist deshalb kein Freifahrtschein. Alle Hygienemaßnahmen müssen auch bei negativem Testergebnis weiter eingehalten werden.« Korrekterweise hätte hier stehen müssen, dass die Tests überhaupt keine Aussagekraft haben. Die Wahrscheinlichkeit, dass Sie mit positivem oder aber negativem Testergebnis wirklich Virusträger sind, ist äußerst gering.

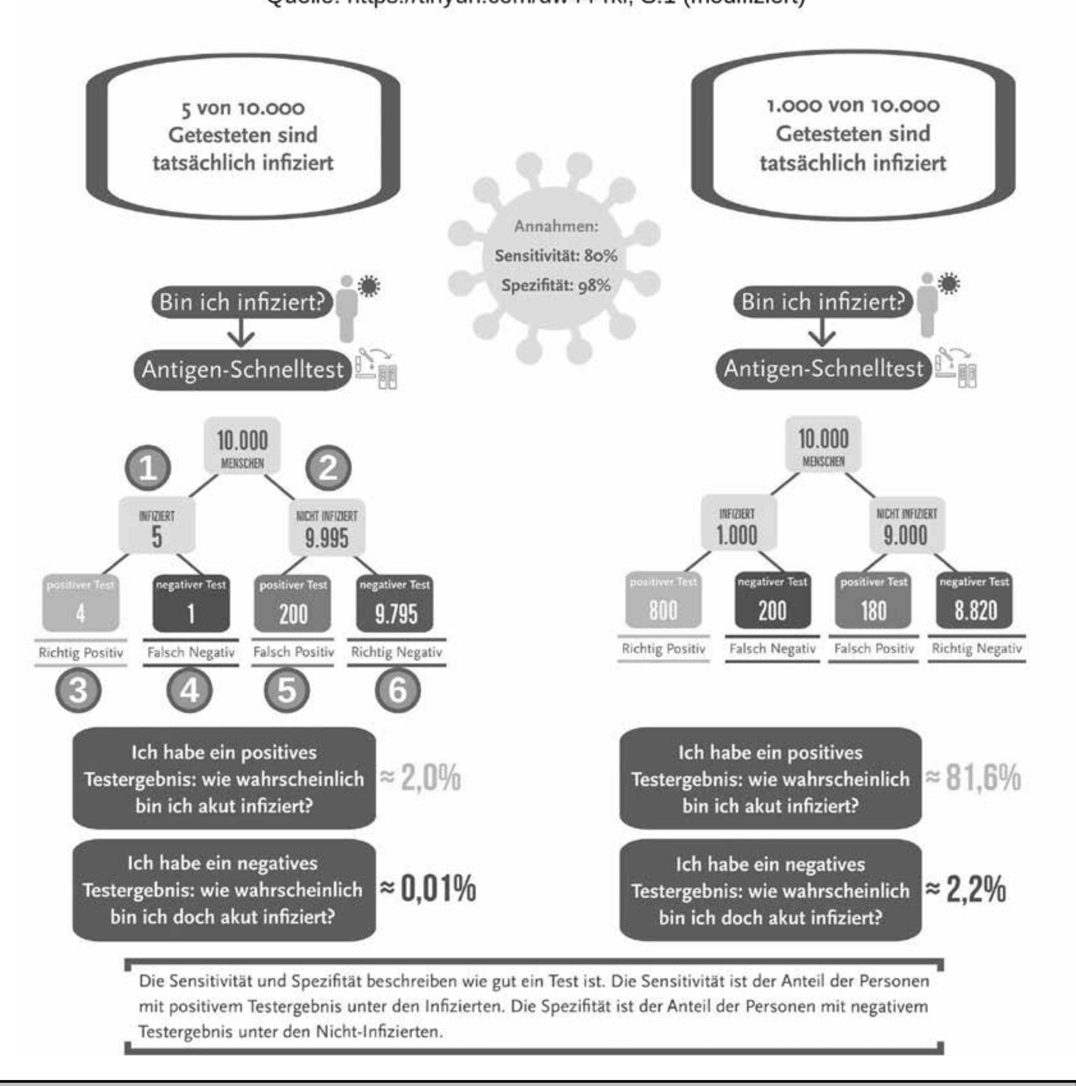
Besonders bezüglich der positiven Testergebnisse offenbart die Info des RKI sehr viel, darum wollen wir uns im Folgenden nur auf die positiven Testergebnisse konzentrieren. Aus den gegebenen Fallbeispielen entnehmen wir auf der rechten Seite des Schaubilds, dass bei angenommenen 10 Prozent Infizierten unter 10.000 Testpersonen die darunter befindlichen 1.000 Infizierten zu 80 Prozent (Sensivität des Tests) korrekt erkannt werden. Das sind 800 Personen. Leider werden unter den nicht Infizierten wahrscheinlich weitere 180 Personen fälschlicherweise positiv getestet. Macht zusammen 980 positive Tests. Davon sind 18,4 Prozent falsch positiv. Naja immerhin sind über 81 Prozent korrekt erkannt worden. Das Problem dabei ist: Es gab niemals den Fall, dass 10 Prozent der Bevölkerung gleichzeitig mit Sars-Cov-2 infiziert waren. Das zweite Rechenbeispiel (linke Seite des Schaubilds) ist da schon viel näher an der Realität. Dort werden unter 10.000 Personen nur fünf als tatsächlich infiziert angenommen. Das sind 0,5 Promille infizierte Personen. Die positiven Tests sind bei diesem Rechenbeispiel nur zu zwei Prozent richtig. Nur zwei Prozent! Es werden vier korrekt als infiziert erkannt, aber 200 nicht infizierte Personen bekommen auch einen falsch positiven Test.

WIE VIELE SIND DENN DERZEIT TATSÄCHLICH AN COVID-19 ERKRANKT?

Wir wissen nicht genau, wie viele der angeblich Infizierten in den offiziellen Ergebnissen eventuell falsch Positive sind. Und wir wissen nicht, in wieweit diese Stichprobe auf die Gesamtheit der Bevölkerung anwendbar ist. Um das zu klären, gehen wir für einen kurzen Moment davon aus, dass die derzeitigen Zahlen exakt stimmten. Nehmen wir an, dass der Inzidenzwert 100 stimmen könnte, also dass innerhalb von sieben Tagen tatsächlich 100 auf 100.000 Menschen infiziert wurden. Dann wäre das genau ein Anteil von einem Promille Infizierter unter allen Getesteten. Ab hier machen wir ein wenig Mathematikunterricht und wenden unsere ermittelten Zahlen auf das Beispiel des RKI an. Keine Angst, ich bin nur Biologe und kein Mathematiker. Sie können die Rechnungen mit dem Schulwissen der fünften Klasse nachvollziehen. Zur Vereinfachung haben wir in die Grafik des RKI kleine Punkte mit Ziffern eingefügt.

Wir setzen unter Punkt eins anstatt der fünf tatsächlich Erkrankten eine 10 ein. Dementsprechend müssen 10.000 minus 10 ergibt 9.990 Gesunde unter Punkt zwei eingesetzt werden. Unser Test erkennt unter den tatsächlich Erkrankten 80 Prozent also tragen wir unter Punkt drei den Wert 10 geteilt durch 100 mal 80 ergibt 8 ein, und unter Punkt vier den Wert 10 geteilt durch 100 mal 20 ergibt 2. Von den Gesunden erkennt der Test zwei Prozent als falsch positiv. Das sind in unserem Beispiel ebenfalls rund 200 Personen. Das tragen wir unter Punkt fünf ein. Es verbleibt unter Punkt sechs die Anzahl von 9.790 Personen, die korrekt als nicht infiziert erkannt wurden. Wir haben also insgesamt 208 als angeblich infiziert erkannte Testpersonen. Von denen sind aber nur 8 tatsächlich infiziert. Das entspricht einem Anteil von 3,8 Prozent. Mit anderen Worten: 96,2 Prozent aller positiven Schnelltests sind falsch. Die entscheidende Größe bei diesen Tests ist demnach die Fehlerquote bei den Positiv-Ergebnissen.

Schaubild des Robert-Koch-Instituts
Quelle: https://tinyurl.com/dw44-rki, S.1 (modifiziert)



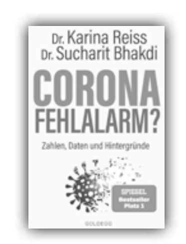
Wir können das Fallbeispiel genauso auf die Corman-Drosten-PCR-Tests anwenden. Diese Tests haben eine Falsch-Positiv-Rate zwischen 1,4 und 2,2 Prozent (bezogen auf nur eine von drei möglichen RNA-Sequenzen). Diese Zahl stammt aus einem Gerichtsgutachten und darf daher als zuverlässig angesehen werden. Nimmt man den besten Wert an und behauptet zusätzlich wahrheitswidrig, dass die PCR-Tests Infizierte zu 100 Prozent identifizieren könnte, dann kommt folgendes raus: Bestenfalls stehen 240 falsch positive Ergebnisse zehn korrekt positiven PCR-Ergebnissen gegenüber. Es sind also nur vier Prozent der PCR-Ergebnisse richtig. 96 Prozent sind falsch positiv.

Das ergibt automatisch: Die offiziellen Inzidenzwerte taugen nichts. Und diese Werte werden noch nicht einmal mit der Anzahl der Testungen ins Verhältnis gesetzt. Die angebliche Inzidenz von 100 liegt eher beim Wert vier.

Bei der angeblichen Pandemie handelt es sich daher seit mehreren Monaten um einen groß angelegten Zahlenbetrug. Ja, es sterben Menschen, ja es erkranken Menschen, wie bei jeder anderen Viruserkrankung auch, und ja im Winter gibt es sicherlich eine Häufung von Corona-Erkrankungen. Das ist alles sehr unschön, auch die Nebenwirkungen. Aber die angebliche Notlage hat es nie gegeben. Und vor allem die Massen an angeblich Erkrankten oder Infizierten erweisen sich als Zahlentaschenspielertrick. Selbst das RKI-Papier sagt eindeutig auf Seite 3, dass es sich bei den derzeitigen Infektionszahlen um ungezieltes Testen handelt. Und weiter liest man dort: »Wenn unter den Getesteten nur wenige Personen tatsächlich infiziert sind, dann sind positive Testresultate unzuverlässig.«

So wie es aussieht, werden positive Schnelltests zu den positiven PCR-Tests einfach hinzugezählt. Wenn jede Woche alle 10,9 Millionen Schüler deutschlandweit zweimal getestet werden, so wie in Niedersachsen ab dieser Woche üblich, dann werden nunmehr rund 21.8 Millionen weitere Tests gemacht, von denen 2 Prozent falsch-positiv sind. Wir bekommen also in naher Zukunft jede Woche 436.000 falsch positive Testergebnisse zu den bisherigen PCR-Testergebnissen hinzu. Und da sind noch nicht die Schnelltests mit eingerechnet, die jetzt verschiedene Firmen veranlassen. Schöne neue Corona-Welt mit nie endender Pandemie.

BESTSELLERLISTE



Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe.

Bhakdi, Sucharit; Reiss, Karina
Goldegg Verlag
ISBN: 978-3-99060-191-4



Virus-Wahn

Engelbrecht, Torsten; Köhnlein, Klaus; Bailey, Samantha; Scoglio, Stefano
BoD – Books on Demand
ISBN: 978-3-7534-0306-9



Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern

Hofbauer, Hannes; Kraft, Stefan
Promedia Verlag
ISBN: 978-3-85371-473-7



Die Corona-Gesellschaft: Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft

Volker, Michael; Werner, Karin
transcript Verlag
ISBN: 978-3-8376-5432-5



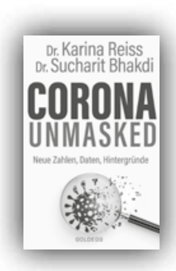
Das Corona-Dossier. Unter falscher Flagge gegen Freiheit, Menschenrechte und Demokratie

Osrainik, Flo
Rubikon
ISBN: 978-3-96789-014-3



Meine Pandemie mit Professor Drosten: Vom Tod der Aufklärung unter Laborbedingungen

van Rossum, Walter
Rubikon
ISBN: 978-3-96789-012-9



Corona unmasked: Neue Zahlen, Daten, Hintergründe

Bhakdi, Sucharit; Reiss, Karina
Goldegg Verlag
ISBN: 978-3-99060-231-7



Pandemie: Was die Krise mit uns macht und was wir daraus machen

Spitzer, Manfred
mvg Verlag
ISBN: 978-3-7474-0257-3



Chronik einer angekündigten Krise: Wie ein Virus die Welt verändern konnte

Schreyer, Paul
Westend
ISBN: 978-3-86489-316-2



Wer, wenn nicht Bill?: Anleitung für unser Endspiel um die Zukunft

Böttcher, Sven
Rubikon
ISBN: 978-3-96789-016-7

Kunst im Widerstand

Welche Aufgabe kann Kunst in der Krise haben? Eine mutige Malerin zeigt, wie es geht.

Von Nadine Strotmann

Es ist still in Deutschland: Die Bühnen der Theater und Konzerthallen sind leer, die Galerien ebenso, die Literatur schweigt. Ist es nicht an der Zeit, als Künstler aus der Deckung hervorzutreten und das wahre Leben mit Tanz, Gesang, Theater und bildendender Kunst zu zeigen? Ist es nicht an der Zeit, dass die Kunst uns weckt, und sich auf Wahrheitssuche macht?

Franziska Kilger, Malerin aus Mücheln bei Halle, sagt: »Kunst ist Freiheit, sie kann den Geist erreichen, egal welche Darstellungsform es ist. Kunst kann



Die Bundeskanzlerin auf Leinwand

Fotos: Nadine Strotmann

alles vermitteln, auch das Unsagbare.« Franziska ist 35 Jahre alt, Mutter eines dreijährigen Sohnes und aktiv in der Demokratiebewegung. Sie hat sich entschieden, im Schaufenster ihres Ateliers die Menschen mit ihrer Arbeit zum Nachdenken anzuregen.

Im größten Fenster zur Straßenseite prangt ein Porträt von Angela Merkel, mit entschlossenem Blick, typischer Raute. Und gleich daneben hängt ein Rahmen mit Zitaten zur Freiheit, zur Selbstbestimmung, zur Liebe. »Ich habe mich für diesen stillen Protest entschieden, obwohl mir Freunde und Familie davon abgeraten haben«, sagt Franziska. Die Idee ihrer Kunst sei es, Momente, in denen die Seele aus den Augen eines Menschen spreche, einzufangen und in Bildern festzuhalten. Sie wolle Menschen mit diesem Merkel-Porträt anregen, sich frei und eigenständig mit der aktuellen politischen Situation auseinanderzusetzen. »Bislang habe ich nur positive Rückmeldungen erhalten. Ich bin froh, es getan zu haben, es müssen noch viel mehr Künstler mitmachen, damit wir Menschen inspirieren, sich wieder auf die Suche nach Antworten zu machen.« Der Kunstmarkt sei halt leider sehr kommerzialisiert, erklärt Franziska, es gehe oft nur um Geld. »Mir geht es um eigene Ideale, als Künstlerin darf ich keinen Pakt mit dem Teufel eingehen. In der Kunst geht es um Wahrheitssuche, Freiheit, vielleicht sogar um Aufklärung in der Krise.«

Unsere gesellschaftliche Ordnung und die Grundlagen der Demokratie basieren in großen Teilen auf der Epoche der Aufklärung und der Kernidee des Philosophen Immanuel Kant: »Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit«. Auch zur damaligen Zeit gab es Kunst, die aufwecken wollte, in allen Darstellungsformen, am stärksten in der Literatur. Die ganze Bewegung der Aufklärung entstand durch unterschiedliche Einflüsse aus ganz Europa. Kann das vielleicht eine Inspiration für die heutige Krise sein? Ein Blick in unser Nachbarland Frankreich lässt Hoffnung auf künstlerischen Widerstand wachsen:

> *GEDANKEN ZU DIESEM BILD*
> ALLES, WAS DAS BÖSE BRAUCHT, UM ZU TRIUMPHIEREN, SIND GENÜGEND GUTE MENSCHEN, DIE NICHTS UNTERNEHMEN.“ Edmund Burke „MAN DARF DIE MEHRHEIT NICHT MIT DER WAHRHEIT VERWECHSELN.“ Jean Cocteau „DER NEUE FASCHISMUS WIRD NICHT SAGEN: ICH BIN DER FASCHISMUS. ER WIRD SAGEN: ICH BIN DER ANTIFASCHISMUS.“ Ignazio Silone „WAS DER MENSCH SÄT, DAS WIRD ER ERNTEN.“ Galater 6,7 „WIE EINE PFLANZE RAUM & LICHT ZUM WACHSEN BRAUCHT, SO BENÖTIGT EIN KIND LIEBE & FREIHEIT ZUR ENTFALTUNG.“ Sigrid Leo „ZWEI DINGE HATTEN WIR, DIE UNSERE KINDHEIT ZU DEM MACHTEN, WIE SIE WAR - GEBORGENHEIT & FREIHEIT.“ Astrid Lindgren „DIE KUNST IST EINE VERMITTLERIN DES UNAUSSPRECHLICHEN.“ Johann Wolfgang von Goethe

Gedanken zum obigen Gemälde

Musiker, Tänzer und Sänger haben sich in den vergangenen Wochen immer wieder auf öffentlichen Plätzen versammelt und gemeinsam zum »Dance encore« (Wir wollen weiter tanzen) aufgerufen. Vor ein paar Tagen erst tanzten hunderte Franzosen spontan auf dem Pariser Bahnhof Gare de l'Est. »Am Ende des Tages ist es egal, welche Form der Kunst die Menschen weckt«, sagt Franziska. »Es muss einfach nur passieren.«

Die Website der Künstlerin ist: www.Franziska-Kilger.de



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin M.A., Redakteurin und Marketingfachfrau.

»Tritt für die Freiheit ein«

Text der Querdenken Freiheitshymne zur Melodie von Auld Lang Syne.

Wenn die Hoffnung fast gestorben ist
Und die Menschen sind allein
Im kalten Reich der Diktatur
tretet für die Freiheit ein



Tritt für die Freiheit ein mein Freund,
tritt für die Freiheit ein
Bleib friedlich und mit klarem Blick
Und tritt für die Freiheit ein



Ihr knebelt mit der Maske uns
Und dann sperrt ihr alle ein
Ein Leben in Gefangenschaft
kann kein Leben für uns sein



Tritt für die Freiheit ein mein Freund,
tritt für die Freiheit ein
Bleib friedlich und mit klarem Blick
Und tritt für die Freiheit ein



Und schlag mich, bis mein Blut versiegt
Ich werd nie dein Sklave sein
Bin ich tot, dann kommt ein neuer nach
Und tritt für die Freiheit ein



Tritt für die Freiheit ein mein Freund,
tritt für die Freiheit ein
Bleib friedlich und mit klarem Blick
Und tritt für die Freiheit ein.



SPORT: OHNE HEIMVORTEIL

Für mich als ehemaligen Spieler ist es ein Stich ins Herz, Fußball ohne Zuschauer zu spielen. Keine Stimmung, keine Energie, kein Knistern. Für die Mannschaften geht sehr viel verloren, der sogenannte Heimvorteil ist verloren. Es ist auch ein Verrat an den Fans. Die Clubs müssen aufpassen, dass keine noch stärkere Entfremdung aufkommt, als die, die schon stattgefunden hat. Der Fan darf nicht nur als kommerzieller Kunde angesehen werden, sondern in erster Linie als emotionaler Verbündeter. Auf der anderen Seite hat der Fußball größte Katastrophen überlebt und hat die Menschen wieder vereint. Denn er ist stärker als Politik oder Glaube, er wird auch diese verdrehten Zeiten überwinden.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT
BERTOLT BRECHT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 44. Ausgabe ab Samstag, 17. April 2021. | Redaktionsschluss war am 15. April, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Sophia-Maria Antonulas **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressortleitung International:** Aya Velázquez, Dr. Yana Milev **Sportchef:** Thomas Berthold **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Layout und Satz:** Chris Stein, Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ronja Palmer, Burak Erbasi, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.